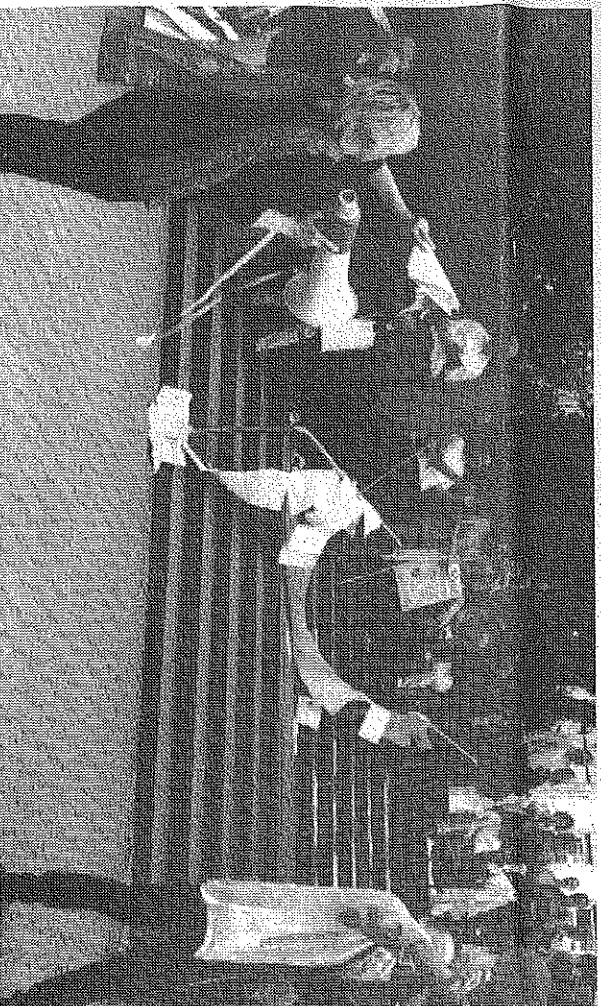


Wacht Kom

Arbeitslosigkeit



Arbeitslosenprotest in Stuttgart. Das französische Beispiel macht Schule!

Der Stellenabbau eines Unternehmens treibt die Aktiven in die Höhe, schlanke Belegschaften erarbeiten dicke Profite, die einen schurfen bei immer stärkerer Arbeitshetze flexibel bis zum Abwinken, die anderen dreihen Däumchen knapp überm Sozialhilfessatz. Das sind die Perversitäten, die uns der Kapitalismus zu bieten hat.

Doch jetzt sind die Erwerbslosen im „Freizeitpark Deutschland“ (Kohl) in Bewegung gekommen. „Kohl muß weg“ und „Arbeit für alle“ waren die gemeinsamen Parolen der arbeitslosen Demonstranten quer durch die Republik in Anbetracht von knapp 5 Millionen offizeller Arbeitsloser.

40.000 demonstrierende Arbeitslose waren ein ermutigender Anfang. Aber wenn wir effektiven Druck ausüben wollen, dann dürfen die weiteren

Proteste nicht in harmlosen Demonstros und Aktionen verharren, bei „symbolischen Besetzungen“, die nicht viel mehr sind als ein freundlicher Kaffeepausch mit dem verständnisvollen Arbeitsamtdirektor.

Auch hier können und sollen wir von den französischen Kollagen lernen: sie führten wirkliche Besetzungen durch, nicht nur von Arbeitsämtern, auch von anderen öffentlichen Gebäuden; sie rückten den direkt Verantwortlichen auf den Pelz: in Börsen und Unternehmenszentralen, in der Villa des Arbeitsgeberpräsidenten; sie organisierten kollektive Selbstbedienung in Nobelprestaurants und Supermarkkten.

Daß der DGB die Proteste unterstützt, ist sehr positiv, schließlich gibt es gemeinsame Interessen von Arbeitslosen und Arbeitenden, denn die Massenarbeitslosigkeit bedroht eine existentielle Bedrohung

für alle und ein ständiger Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen.

Die DGB-Gewerkschaften haben aber noch ganz andere Druckmittel als die bloße organisatorische Unterstützung der arbeitslosen-Proteste. Die laufenden Tarifrunden, besonders die im öffentlichen Dienst, muß zur Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Neustellungen genutzt werden, auch mit Streikmaßnahmen. 8 Millionen Arbeitnehmerinnen und 1 Million Erwerbslose sind in den DGB-Gewerkschaften organisiert. Wenn diese Kampfkraft in die Waagschale geworfen wird, dann trifft das die Herrschenden und ihre Regierung direkt und nachhaltig. In diese Richtung muß die Bewegung breiter und radikaler werden, bei den Kampfformen und den Kampforderungen.

★ Für ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Wohnen, Umwelt, Verkehr, Bildung und Soziales von 300 Milliarden Mark jährlich

1992 lagen die durchschnittlichen Kapitalkosten für einen Arbeitsplatz bei rund 150.000 DM. Für 300 Milliarden könnten rund 2 Millionen Menschen in Arbeit gebracht werden.

Statt für die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu investieren und damit Arbeitsplätze zu schaffen, zahlen wir Milliarden zum Finanzieren

der Arbeitslosigkeit. Allein die jährlichen Kosten der Arbeitslosigkeit entsprechen den Kapitalkosten für etwa eine Million Arbeitsplätze. 180 Milliarden Mark Ausgaben sowie Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialabgaben kostete 1996 die Arbeitslosigkeit (laut Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit).

★ Nein zu Privatisierung und Stellenabbau im öffentlichen Dienst

Zwischen 1991-95 sind 440.000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut worden, was zur Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen wie auch der Arbeitsbedingungen führte. Notwendige Arbeits- und Dienstleistungen bleiben liegen.

★ Radikale Arbeitszeitverkürzung zur Verteilung der notwendigen Arbeit auf alle, 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Neueinstellungen

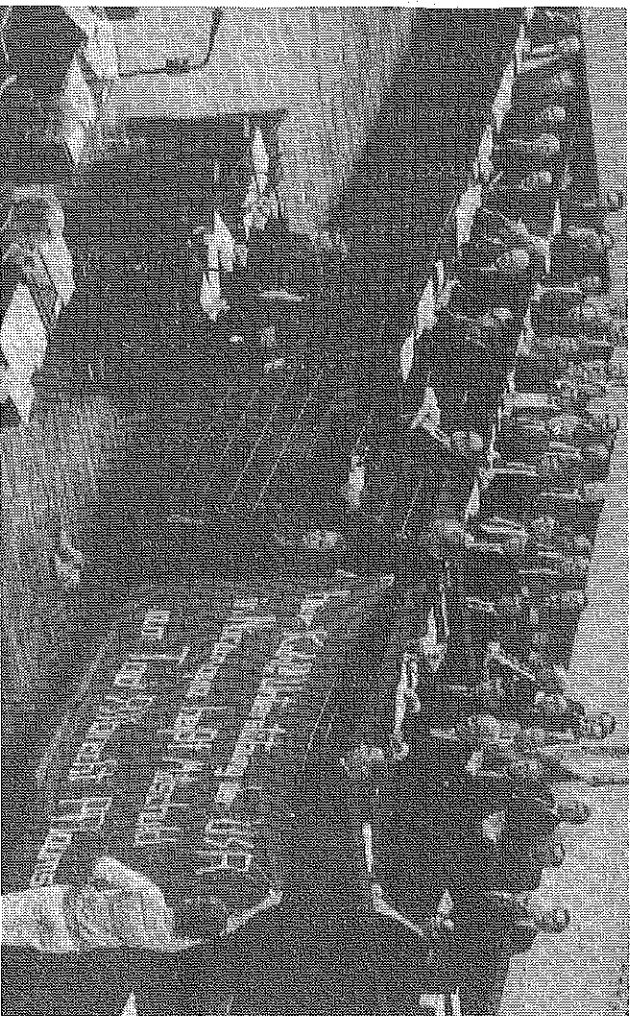
Arbeitssetze, Überstunden, verlängerte Lebensarbeitszeit für die einen, erzwungenes Nichtstun für die anderen – auch das ein schreiender Widerspruch in der Marktwirtschaft. Aufgrund des technischen Fortschritts und bei Verteilung der Arbeit auf alle können bzw. sogar mehr Werte

★ Überführung des großen Kapitals (Banken, Konzerne, Versicherungen) in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und gesellschaftlicher Planung

Beim heutigen Wirtschaftssystem wird eine kleine Schicht reicher, während die Mehrheit sinkende Reallohne und Armut erfährt. Um Arbeit

und gesellschaftlichen Reichtum sinnvoll einzusetzen, muß die Macht des Kapitals gebrochen werden. Dann ist eine demokratische Planung von Produktion und Verteilung im Interesse und unter Kontrolle der Beschäftigten und Verbraucher möglich.

Grüne: „Regierungsfähigkeit“ um jeden Preis



Die Zeit, in denen die Grünen mit Protestaktionen die Herrschenden herausforderten sind längst vorbei. Hier eine Aktion gegen das Schweigen der Kohl-Regierung zum schmutzigen Krieg der CIA in Nicaragua.

Zum Bundestag in Kassel brachten die Jungen Grünen eine Resolution ein, in der die älteren Parteimitglieder aufgefordert werden, sich doch endlich vom „Sozialstaatsmeer“ der Alt-68er-Generation zu befreien. Trotz einigen Unmutsaussäuerungen über die Form der Resolution wurde auf dem Parteitag eines klar: dem Großteil der grünen Funktionäre ist es bereits vortrefflich gelungen, diesen „Sozialstaatsmeer“ abzustreifen.

Lorenz Blume, Kassel

Der Programmwurf der Alt-Linken um Jürgen Trittin wurde in seiner ersten Fassung abgelehnt und in eine Form gebracht, die die Regierungsfähigkeit der Grünen demonstrieren soll. Von ehemals antimilitaristischen Forderungen wie

dem Ausstieg aus der NATO ist so wenig übriggeblieben wie vom Kernstück moderater grüner Politik, dem ökologischen Herbst kommenden Jahres an in

„Wenn wir Herbst kommenden Jahres an in Bonn mitregieren, werden wir für mehr Klarheit und Gerechtigkeit sorgen. Dazu gehört auch, den Spitzensteuersatz auf 45 Prozent zu senken. Es muß bei der Obergrenze einen gewissen Gleichklang in Europa geben, sonst laufen die Reichen einfach weg.“
(Tom Koenigs, grüner Umweltezernent (Frankfurt))

schon und sozialen Umbau der Marktwirtschaft. Tom Koenigs, grüner Umweltezernent in Frankfurt, kommentiert die gegenwärtigen „Reformpläne“ der Grünen folgendermaßen: „Wenn wir Herbst kommenden Jahres an in

45 Prozent zu senken. Es muß bei der Obergrenze einen gewissen Gleichklang in Europa geben, sonst laufen die Reichen einfach weg.“ (Der Spiegel 52/1997, S.88)

„Gerechtigkeit“ zu schaffen und den vielbeschworbenen „Reformstau“ zu beseitigen, heißt für die Grünen also, alles zu tun, damit die Reichen nicht nur Überall, wo sie in Landes- und Kommunalparlamenten vertreten sind, treten die Grünen für Privatisierungen ein, für die Veräußerung von Landes- und Kommunalvermögen, für Kürzungspolitik und die sogenannte „Verwaltungsmodernisierung“.

Durch das Verscherbeln öffentlicher Infrastruktur (Privatisierung, Outsourcing, Private-Public-Partnership) beteiligen sie sich daran, kurzfristig neue Profitmöglichkeiten für Private zu schaffen. Daß dadurch mittel- und langfristige die öffentlichen Kassen leerer, demokratische Einflußmöglichkeiten ausgehebelt und die Spielräume für wirkliche Reformen enger werden, kümmert sie nicht. In Hessen treten die Grünen sogar für die Privatisierung von Gefängnissen und die umfassende Privatisierung des Frankfurter Flughafen ein.

Auch in anderen Politikbereichen sind die Grünen, ganz im Sinne der FDP, inzwischen die kleine Partei des großen Kapitals. In der Bildungspolitik z.B. treten sie für eine Verkürzung der Schulzeit auf 12 Jahre ein, damit die deutschen Abiturienten im Interesse der Wirtschaft wieder konkurrenzfähig werden (Bildungsinhalte lassen sich bestimmt bestens in Gesellschaftskunde und Geschichte kürzen).

Das BARÖG-Modell des grünen Bundestagsabgeordneten Matthias Beringer wird vor allem von Seiten der Industrie

durch werden die Fahrer nur noch mehr unter Druck gesetzt. Weitere Einsparungen z. B. bei der Beleuchtung führen zu mehr Unsicherheit führt die Frauen. Nach diesem Erlebnis ent-

es für die betroffenen Frauen ist, daß jemand reagiert und helfend eingreift. Außerdem konnten wir im Rahmen unserer Anti-Privatisierungskampagne antzeigen, welche Folgen Privatisierung insbesondere für

den Betroffenen zu helfen, sexuelle Belästigung und Gewalt nicht als privates Problem aufzufassen. Sie ist vielmehr einer der schlimmsten Auswüchse in einer Klassengesellschaft, die ohne Ungleichheit, Unterdrückung, Diskriminierung und Spaltung nicht bestehen kann.

Sexistische Werbung, Sprüche von Politikern, wie z.B. Frauen sind mit Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit, weil sie zu viel auf den Arbeitsmarkt drängen und sie sollen doch bitte ins häusliche Familien-glied ins Herd zurückkehren, sind ein Ausdruck der Diskriminierung.

Frauen und Männer können gemeinsam gegen die Ursachen angehen und für eine Gesellschaft kämpfen, die nach den Interessen aller, Männern und Frauen, gestaltet ist und es möglich macht, daß Frauen als gleichwertige, selbstbestimmte Menschen angesehen werden.

unser standpunkt

Öko-FDP

Statt Bürgerbewegungen wie die Anti-Atomkraft-, Umwelt- und Friedensbewegung parlamentarisch zu vertreten, wollen die heutigen Grünen „Reformmotor“ in einer rot-grünen Bundesregierung sein.

Was sie dabei unter „Reformen“ verstehen, hat allerdings nichts mit dem zu tun, was noch in den 60er, 70er und 80er Jahren unter Reformpolitik verstanden wurde (Ausbau des öffentlichen Sektors, Regulierung des Marktes, sozialer Fortschritt, Stärkung der innerbetrieblichen Mitbestimmung).

Ebenso wie alle anderen etablierten Parteien reden sie von Reform und Modernisierung, und meinen damit Abbau von Reformen und Verschlechterungen.

Um ihre Regierungstauglichkeit zu demonstrieren, geben sie selbst in ihrem ureigensten Anliegen, der Umweltpolitik, nach, wie jüngst die nordrheinwestfälischen Grünen beim Braunkohleabbau Garzweiler II.

Jede Partei, die nicht die Grenzen der Marktwirtschaft in Frage stellt, ist heute gezwungen, Konterreformpolitik zu machen. Deswegen ist die Politik heute in allen Bundesländern und Kommunen zum Verwecheln ähnlich - egal welche Parteien an der jeweiligen Regierung beteiligt sind, einschließlich der Grünen.

Das wird auf Bundesebene auch bei einem Regierungswechsel zu rot-grün nicht anders werden.

Die Grünen mit ihrer verhältnismäßig kleinen Mitgliederzahl, ihrer Mittelschicht-Orientierung und ihrer traditionell geringen Verankerung in der Arbeiterbewegung können hier in vielen Fragen marktradikaler sein als die SPD. Sie werden in einer zukünftigen rot-grünen Bundesregierung eine ähnliche Rolle spielen wie die FDP in der Vergangenheit.

Der Weg der Grünen von der Bürgerbewegungspartei zur Öko-FDP ist unumkehrbar geworden. Grün wählen heißt heute; Senkung des Spitzensteuersatzes, Privatisierung, Entlassungen im öffentlichen Dienst, Sozialabbau und Bildungsreform.

hochgelobt, denn es sieht eben-

so wie das Modell von Minister Rüttgers den Wegfall des fünfzigprozentigen Zuschusses vor. (Früher waren es sogar 100%!). Zwar sollen Beträge, die gegenwärtig an die Eltern ausgezahlt werden (Kindergeld, etc.) den Studierenden als elternunabhängige Grundförderung zu Gute kommen (was sinnvoll ist), aber darüber hinaus muß jede Mark wie im Rüttgers-Modell voll zurückbezahlt werden.

Von Chancengleichheit im Studium, einer echten Reformforderung der 60er und 70er Jahre ist im Deformprogramm der Grünen nichts mehr übrig-

geblieben.

Eine Demonstration von DGB, ASTA, Stadtschülerat und SAV in Kassel mit 7000 Schülern, Studenten und Auszubildenden unter dem Motto „Bildung und Arbeit für alle!“ wurde von den Jungen Grünen nicht einmal mehr unterstützt, weil sie ihnen zu einseitig war. Vielleicht hätten wir lieber fordern sollen „Keine Bildung und Arbeit für alle!“, damit auch die Jungen Grünen zufrieden sind und die Demonstration nicht so sozialstaats-miefig ist.

Kündigung eines Toten

„Wir stehen zu unseren Mitarbeitern“ oder „wir sind stolz auf sie“ tönen viele Unternehmen. Die betriebliche Realität sieht anders aus. Wenn man nicht „funktioniert, ist man nur noch eine Personalakte. Die Essener Verkehrs AG (EVA) kündigte August letzten Jahres einen Mitarbeiter, der einige Wochen zuvor Selbstmord begangen hatte.

Claus Ludwig, Köln

Karl P. galt als hochgradig selbstmordgefährdet, das war Kolleginnen und Vorgesetzten bekannt. Seit Juni war er verschwunden, die Polizei suchte nach ihm. Die Geschäftsleitung suchte sich nicht drum, schließlich kam der „geschätzte Mitarbeiter“ mehrere Wochen nicht zur Arbeit. Karl P. wurde Anfang August fristlos gekündigt. Der Betriebsrat nahm diese Kündigung unversprochen hin.

Ende August wurde die Leiche von Karl P. gefunden. Einige Tage gelangte der Fall in die Öffentlichkeit. Die EVA-G-Beschäftigten waren geschockt über die bürokratische Methode, mit der Geschäftsleitung und Betriebsrat den Fall „abwickelten“. Der damalige Geschäftsführer des Betriebsrats, Wöstefeld, wandte sich gegen dieses Vorgehen: „Für mich ist das der Höhepunkt in einer Kette von Einzelfällen...“ (NRZ, 4. 9. 97). Schon sei längerem ist das Klima bei der EVA-G rauber geworden, der Druck auf die Kolleginnen gewachsen.

Erst bedauerte die Geschäftsleitung, doch dann ging sie in die Offensive. Wöstefeld wurde bedrängt, seine Funktion niederzulegen. Er wurde als Nestbeschmutzer kritisiert, weil er angeblich die Informationen an die Presse gegeben habe. Sich selbst attestierte sie kein falsches Verhalten. Vorstand Meyer - selber früher ÖTV-Funktionär - betonte ständes- sen, über Personalangelegenheiten sei Stillschweigen zu wahren.

Viele Kolleginnen sahen das anders: sie sammelten Unterschriften gegen den Mankorb für Betriebsrat-Geschäftsführer Wöstefeld. Für sie ist die Sache nicht erledigt. Von dem Vorgehen der Geschäftsleitung fühlen auch sie sich getroffen.

Sexuelle Gewalt ist kein Privatproblem

Nach offiziellen Angaben wird in Deutschland alle drei Minuten eine Frau vergewaltigt. Das sind nur die offiziellen Zahlen, denn viele Frauen trauen sich aus Angst oder Scham nicht, zur Polizei zu gehen. Die Dunkelziffer liegt zehn- bis zwanzigmal höher.

Alexandra Annsburg, Berlin

Jede Frau kennt die Angst vor Gewalt und beinahe jede Frau hat schon mindestens einmal eine Erfahrung mit sexueller Belästigung gemacht, sei es am Arbeitsplatz, im Bekanntenkreis oder auf der Straße. Viele verzichten deshalb darauf auszugehen oder nehmen große Umwege in Kauf. Das schränkt Frauen in ihrem Lebensraum ein.

Einer derartigen Belästigung durch mehrere junge Männer fiel auch ich zum Opfer, als ich nach der Arbeit mit dem Bus nach Hause fuhr. Beinahe schlimmer war aber, daß selbst der Busfahrer keine Reaktion zeigte.

Die öffentlichen Verkehrsmittel in Berlin sind alles andere als sicher. Die Privatisierung der Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) bedeutet Abbau von weiteren 6000 Stellen. Da-



schloß ich mich, dieses Thema

Frauen hat.

Wir verteilten bei einer Straßentrafik mehrere hundert Flugblätter an Passanten. Ein Plakat an den Bushaltestellen und Umgebung auf. Viele Pas-

etwas passiert und wie wichtig

Regierung bekämpft Arbeitslose

Seit Jahresanfang gilt die neue Regelung des Arbeitsförderungssetzes, die weitere Nachteile für Arbeitslose und Umschüler bedeutet.

Hans-Jürgen, Rostock, arbeitslos

Die meisten Neuregelungen dienen zur Schikane der Arbeitslosen, zur "Verschönerung" der Statistik und der Einsparung von Zahlungen.

* Der Begriff der Arbeitslosigkeit wird neu definiert. Danach sind diejenigen Arbeitnehmer beschäftigungslos, deren Tätigkeit in einem oder mehreren Jobs wöchentlich weniger als 15 Stunden umfasst. Wenn ein Arbeitslosengeldempfänger nebenher mehr als 15 Stunden, aber weniger als 18 Stunden arbeitet, erhält er auch kein Arbeitslosengeld mehr.

* Der Arbeitslose wird verpflichtet, selbst aktiv alle Möglichkeiten zu nutzen, um seine Arbeitslosigkeit zu beenden. Das Arbeitsamt verlangt jetzt vom Arbeitslosen Nachweise über seine eigenen Bemühungen bei der Arbeitsplatzfindung.

Somit wälzt das Arbeitsamt die Aufgabe der Suche nach einem Arbeitsplatz fast ausschließlich auf den Arbeitslosen ab. Bei "nicht ausreichenden Eigenbemühungen" kann die Unterstützung gestrichen werden.

* Jeder Arbeitslose muß sich jetzt ohne Anforderung mindestens alle drei Monate persönlich beim Arbeitsamt melden, sonst erlischt seine Arbeitslosmeldung, droht die Aussetzung des Arbeitslosengeldes für mindestens vier Wochen und die Zahlung sätiger Bußgelder. Bei Krankheit und Bezug von Krankengeld muß anschließend das Arbeitslosengeld neu beantragt werden.

Schikanöse Neuregelungen im Arbeitsförderungsrecht



* Ab sofort werden nur noch Zeiten einer Versicherungs-

pflichtigen Beschäftigung, d.h. Zeiten aus Arbeitsverhältnissen, zum Bezug von Arbeitslosengeld berechnen. Eine Anwartschaftszeit (die Zeit, die zum Bezug von Arbeitslosengeld berechnigt) wird jetzt nur erfüllt, wenn der Arbeitslose vorher mindestens 12 Monate innerhalb der Rahmefrist von 3 Jahren in einem Arbeitsverhältnis gestanden hat. Zeiten des Bezuges von Erzielungsgeld und Mutterschaftsgeld sowie Zeiten der Weiterbildung und Umschulung werden nun nicht mehr angerechnet. Dadurch werden viele Arbeitslose jetzt noch schneller in die Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe

fallen.

* Außerdem wirkt ab dem 1.1.98 beim Bezug von Arbeitslosengeld jeder Wechsel in eine andere Lohnsteuerklasse, auch dann, wenn in eine ungünstigere gewechselt wird. Mit dieser Regelung werden vor allem Frauen benachteiligt, da sie in den meisten Fällen schlechter als Männer bezahlt werden und die meisten Eheleute die Kombination der Steuerklassen 3 und 5 wählen, bei der der Mann als Mehrverdienender die geringsten Steuerabzüge genießt.

* Eine der größten Schikanen: Das Arbeitslosengeld wird nur noch einmal im Monat, und zwar erst zum Ende des Monats, gezahlt. Das Arbeitsamt spart damit Gebühren für die

Banküberweisung und verschiebt die Zahlung nach hinten - zu Lasten der Arbeitslosen. Da jedoch z.B. die Miete immer zum Monatsanfang fällig wird und das Arbeitslosengeld in den meisten Fällen nicht ausreicht, um davon Rücklagen bilden zu können, geraten die Arbeitslosen immer mehr in finanzielle Bedrängnis. Jetzt ist es an der Zeit, daß sich alle Arbeitslosen gegen diese Schikanen der Bundesregierung ganz energisch zur Wehr setzen. In Frankreich machen es uns die Arbeitslosen bereits vor. Auch wir müssen kämpfen und unsere Rechte einfordern.

Vom Bürgerschreck zum revolutionären Künstler Zum 100. Geburtstag Bertholt Brechts

Gleich Brechts erstes Stück "Baal" löste bei seiner Aufführung einen Theaterskandal aus. Der Hauptheld Baal war ein sinnlicher Genüßmensch durch und durch, er trieb es mit Frauen und Männern - ein Faustschlag gegen die Moral des bürgerlichen Theatrepublikums.

Ingmar, Dresden

Keine hehren Worte mehr von der Pflichterfüllung für das Vaterland, von Ordnung und Disziplin, die die tragenden Werte des alten Kaiserreichs gewesen sind.

Baal setzte demgegenüber eine ungebremste Ich-Sucht, das Recht auf seinen Genuß. Das Stück vernichtet nicht ir-

gendweiche Ursachen und Anlässe, nur das Gefühl, daß nicht alles stimmte in diesem Staat.

Daß Brecht letztlich zu einem Marxisten wurde, der das Theater revolutionierte, ist vorwiegend seinem hartnäckigen und kritischen Denken zu verdanken.

Frühe Stücke

Im interessierte das Neue an der Weimarer Republik, vor allem die neuen Alltagsvergnügen. Es ging ihm nicht, mit welcher Begeisterung sich die Menschen in die großen öffentlichen Borkämpfe drängten, wie sehr das Kino Zulauf erhielt. Das Theater schien ihm damit immer weniger zu tun zu haben. Brecht versuchte in sei-

nen ersten Stücken, das Thema Kampf zu gestalten, den Kampf um des Kampfes willen. Das war es, was ihn an den Borkämpfen faszinierte.

Doch im Laufe der Jahre wurde es immer klarer, daß er damit nicht weiterkam, daß er tiefer graben mußte, daß er das Wesen der wirklich großen Kämpfe auf die Bühne bringen wollte. Das führte ihn zu den ökonomischen Fragen, so in seinem 1929 begonnenen Werk „Die heilige Johanna der Schlachthöfe“.

Der Fabrikant Mauler zieht sich aufgrund einer heranahenden Absatzkrise aus dem Büchsenfleischgeschäft zurück. Johanna, bei einer Art Heilsarmee tätig, bekommt die Krise dadurch zu spüren, daß sie nicht mehr ge-

nügend Suppen für die hungrigen Arbeiter der Schlachthöfe zusammenbekommt. Sie stellt sich die Frage, wer schuld ist an der Arbeitslosigkeit und am Hunger, und dringt dabei zu den Mächten vor, zu Mauler. Dieser ist einsichtig, aber trotzdem bekommen die Arbeiter keine neuen Jobs, Johanna muß am Ende einsehen, daß die Milderkeit Einzelner nichts ändert, daß da, wo Gewalt ist, auch nur Kampf hilft. Aber die Einsicht kommt zu spät, und sie wird nach ihrem Tod von den Ausbeutern als eine Symbolfigur der Güte heiliggesprochen.

Dieses wirklich neue Unterfangen, die Geschichte des Kapitalismus auf die Bühne zu bringen, führte Brecht dazu, sich mit den Schriften von Marx und Engels zu beschäftigen, über die er später einmal sagte, daß es ohne sie heutzutage nicht möglich ist, vernünftige historische Stücke zu schreiben.

Exil und Rückkehr

Anfang der dreißiger Jahre hatte Brecht viel Anerkennung gefunden, zum einen durch die erfolgreiche „Dreigroschenoper“, aber auch unter Sozialisten mit der Dramatisierung von Gorkis Roman „Die Mutter“ oder durch seine Mitarbeit am Film „Kuhle Wampe“, für den er z.B. mit Eisler zusammen das Solidaritätslied schrieb.

Seine Haltung und sein Verhalten führten unweigerlich dazu, daß er nach der Machtergreifung durch die Faschisten Deutschland verließ und vor ihnen über Frankreich, Dänemark, Schweden, Finnland schließlich in die USA floh. Er führte während seines Exils einen erbitterten Kampf gegen die Nazis, und „Furcht und

Ihr da oben ...



Klassenkampf I

Das konservative Allensbach-Institut ermittelte in seiner jährlichen Umfrage, daß eine Mehrheit der Deutschen von Klassenkampf und unversöhnlichem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeht. Der Aussage „Es ist richtig, von Klassenkampf zu sprechen: Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben im Grunde völlig unverwundbare Interessen“ stimmten 56 Prozent der ost- und 44 Prozent der westdeutschen Bevölkerung zu. Eine relative Mehrheit von 41 Prozent glaubt noch an die Sozialpartnerschaft.

Klassenkampf II

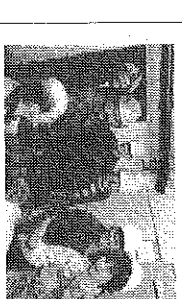
Klassenkampf-Gelüste suchen neuerdings auch DGB-Chef Schulte heim. Der Frankfurter Rundschau teilte er mit (19.1.98): „Ich hätte nicht schlecht Lust, die Arbeitnehmer dieses Landes anzufordern, die Arbeit niederzulegen, die Börsen und Banken zu besetzen und sie so lange besetzt zu halten, bis mindestens eine Million Menschen Arbeit gefunden haben.“ Dies wäre ein Rechtsbruch, aber immerhin im Interesse unseres Gemeinwohles.“ Gut gebilligt - wann dürfen wir mit entsprechenden Taten rechnen?

Staatsbank leert Staatskasse

Bei der Westdeutschen Landesbank deckten Steuerfahnder 20.000 Fälle von Steuerrückzahlung auf. Dem Haushalt des Landes NRW gingen laut Berechnungen der CDU-Landtagsfraktion dadurch 6,5 Milliarden DM an Steuereinnahmen verloren. Das pikante: obwohl der CDU-Chef von NRW, Linszen, sitzt im Verwaltungsrat der WestLB wie auch die SPD-Minister Clement und Schaubert. Die WestLB ist mehrheitlich im Besitz des Landes und soll vom Wirtschafts- und Finanzministerium beaufsichtigt werden. Finanzminister Schaubert untersteht gleichzeitig die Aufsicht über die WestLB wie über die Steuerfahndung. Bei soviel Interessentifiz ist es mit der Aufsicht offensichtlich nicht weit her. Ohne demokratische Kontrolle von unten gebärden sich Staatsunternehmen nicht anders als private.

Treuhand

Eine interne Treuhand-Arbeitsgruppe hat (laut Spiegel 7/98) 320 Privatisierungsfälle der Treuhand-Niederlassung in Halle durchforstet. Das Ergebnis: zwei Drittel aller Verträge waren unwirksam, in jedem fünften gab es Hinweise auf strafbare Handlungen. Die Privatisierungsorgane hat in Halle tausende von Arbeitsplätzen vernichtet und ein Schaden von mehr eine Milliarde DM angerichtet.



... wir hier unten



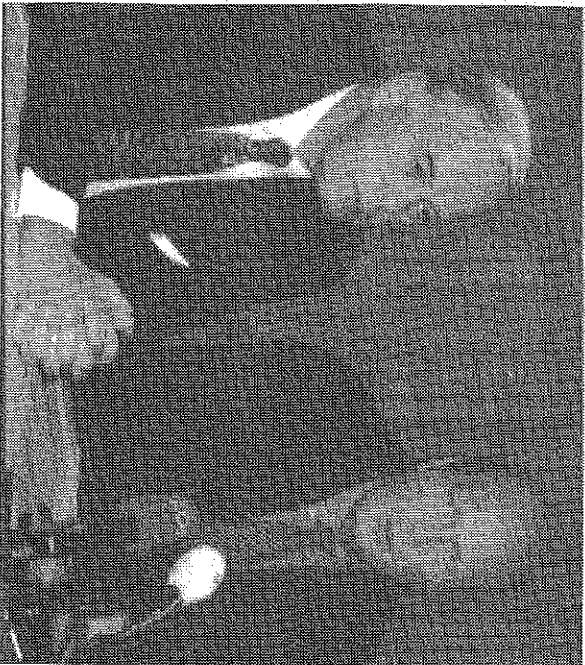
Nicht jeder Bürgerschreck entwickelt sich notwendigserweise zu einem großen, revolutionären Künstler. Als der 20jährige Brecht 1918 die erste Fassung seines Stückes „Baal“ schrieb, schienen das nicht absehbar.

Nein zum Lohnverzicht!

Die Einkommensverluste der letzten Jahre haben bedrohliche Ausmaße angenommen. 1997 zeichnen die Arbeitnehmerinnen den größten Reallohnverlust seit 40 Jahren. Das Minus im Portemonnaie wurde durch fortdauernde Sozialkürzungen bei gleichzeitigen Beitrags- und Gebührenerhöhungen extrem vergrößert. Für die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen ist das Maß wirklich voll.

Gaetan, Kayitare, Aachen

Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich wollte die ÖTV-Führung den Arbeitgebern zunächst anbieten. Dies stieß auf große Empörung an der Basis und wurde von der



Das verdienen Kanther und Mai

Diejenigen, die uns dauernd zum Verzicht auffordern, predigen uns Wasser und trinken selbst Champagner.
* Der Verhandlungsführer der Kommunen, Lothar Rutschmeier, verdient 18.000 DM/Monat als Kölner Oberstadtdirektor.
* Der Verhandlungsführer für die Länder, Schleußer, 23.600 DM als NRW-Finanzminister
* Der Verhandlungsführer des Bundes, Kanther, 26.000 DM als Innenminister. (Alle Angaben Grundgehälter ohne Zulagen und Nebeneinkünfte)
* Herbert Mai, der uns womöglich eine Lohnerhöhung unter 2 Prozent als Erfolg verkaufen wird, verdient als ÖTV-Chef mehr als 16.000 DM (laut Frankfurter Rundschau vom 19. 5. 93 lag das Gehalt für den ÖTV Vorsitzenden 1992 bei 15.800 DM)

Bescheidene

Gewerkschaftspolitik

Vom Ende der Bescheidenheit sprach IG Metall-Chef Zwikel. DGB-Vorsitzender Schulte kündigte den Arbeitgebern eine schärfere Gangart an und drohte mit Streiks. Sind bei den Gewerkschaftsführern frühzeitig Frühlingsgefühle erwacht oder was ist los?

Torsten Stings, Siegen, IGM-Mitglied

Anscheinend spürt man in den Chefetagen der Gewerkschaftshäuser die wachsende Ungeduld in den Betrieben. Anlässlich der Rekordprofite der Unternehmen in allen wichtigen Branchen. Bei guter Auftragslage wächst das Selbstbewusstsein der Kolleginnen, und man will sich das wiederholen, was in den letzten Jahren durch Minusernten verloren ging. Die Äußerungen der Gewerkschaftsführer widerspiegeln diesen Druck, nicht aber ihre wirkliche Absicht.

Dem dieselben, die jetzt kämpferische Töne anschlagen, erzählen uns seit ein paar Jahren, daß mit Lohnverzicht Arbeitsplätze geschaffen werden können. Seit Jahren werden aber trotz Lohnverzicht Arbeitsplätze abgebaut. Nach Be-

die dringend benötigte Lohn-

Horror katalog der Arbeitgeber

Ermutigt durch die jahrelange Verzichtspolitik der Gewerkschaftsführer, warten die Arbeitgeber mit einem regelrechten Horrorkatalog auf.

Sie fordern unter anderem die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, befristete Einstellung von Arbeitslosen zu niedrigerem Entgelt, die Verlängerung der Wochen- und Jahresarbeitszeit sowie die Kürzung der Zusatzrente und eigene Beteiligung der Beamten an der Alterssicherung.

Die Arbeitgeber stehen mittlerweile auf dem Standpunkt, daß die Arbeitnehmer in dieser Tarifrunde das Geld mitbringen müssen. Im Bundeshaushalt 1998 ist keine müde Mark für Lohnhöhungen vorgesehen.

Stellenabbau

Trotz Lohnverzicht der letzten Jahre, stellte Herbert Mai fest: „Die öffentlichen Arbeitgeber haben sich als die größten Arbeitsplatzvernichter erwiesen.“ Laut Mai sind im öffentlichen Sektor von 1992 bis 1996 mehr als 500.000 Arbeitsplätze vernichtet worden und in den nächsten 2 Jahren werden 120.000 bis 140.000 Stellen abgebaut. Allein in Ostdeutschland soll angeblich ein „Übershang“ von 200.000 Stellen im öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren beseitigt werden.

Betroffen werden vor allem Arbeiter und Angestellten in den Kommunen.

Das alles wissen auch die Arbeitgeber, aber es hindert sie nicht daran, Arbeitsplätze als Totschlagargument in dieser Tarifrunde anzuhängen. „Die beste Beschäftigungssicherung ist Lohnzurückhaltung“, so Georg Milbradt, Sachseus Finanzminister und Vertreter der Länder in der Tarifrunde.

Skandalös ist aber, daß die ÖTV-Spitze derselben Ansicht ist. Die Forderung der Mitglieder nach einer kräftigen Lohn-erhöhung wurde ignoriert. Die 4,5-Prozent-Forderung

zeigt - mild ausgedrückt - vom

Mitleid mit den Arbeitgebern und bedeutet (wenn nicht nachgelegt wird) einen weiteren Reallohnverlust in diesem Jahr. Die Forderung soll Komponenten für Arbeitszeitverkürzung in den neuen Bundesländern und Komponenten für Arbeitsplatzsicherung enthalten, so daß wenig für Lohn-erhöhung übrigbleibt. Es ist leider auch nicht ausgeschlossen, daß die ÖTV-Führung Kürzung von Wohnachts- oder Urlaubsgeld als Kompensation für die Lohnfortzahlung hinnimmt.

Deshalb: keine geheimen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen und keinen Abschluß ohne Urabstimmung! Zur ernsthaften Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen müssen die sofortige Einführung der 30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ein massives strukturelles Investitionsprogramm beispielsweise im Umwelt-, Bildungs-, Verkehrs- und Wohnungsbaubereich durchgesetzt werden.

Woher das Geld nehmen, wird einem sofort bei solchen Forderungen entgegen geschleudert. „Die Haushalte sind ausgemottet bis zum Gehirnschmerz“, sagte Lothar Rutschmeier, Verhandlungsführer der kommunalen Arbeitgeber. Und wer hat nun den Haushalt ausgemottet? Die Unternehmer und die Reichen, dank der Politik ihrer Freunde von der CDU und der SPD. Von dort sollte auch das Geld zurück geholt werden.

Unsere Forderungen:
* Keine Verhandlungen über den Horrorkatalog der Arbeitgeber
* 500 DM Festgeld mehr
* 30 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
* 100 Prozent Angleichung Ost an West
* Zeitgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte
* Vollstreik zu Durchsetzung dieser Forderungen
* Kein Abschluß ohne Urabstimmung
* Durchschnitterlicher Facharbeiterlohn für Gewerkschaftsfunktionäre. ■

*** 1 Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzt ein Geldvermögen von 2.200 Milliarden DM, zehnmal mehr als die unteren 50 Prozent**
*** Die Deutschen Banken hatten 1996 Zinsgewinne von 14 Milliarden DM ausgeschüttet**
*** 65 Milliardäre besitzen mehr als 250 Milliarden DM**
*** 1 Euroflieger kostet 170 Millionen Mark, dafür könnte man 2800 Pflegekräfte ein Jahr lang beschäftigen oder 100 bis 150 Kindergärten bauen**

VW-Kollegen fordern 2500 DM Bonus

Bei der Vertrauensleuterversammlung am 13. Januar im VW-Werk Kassel wurde ein Antrag beschlossen für eine Bonuszahlung von 2500 DM. Dazu sagte uns Vertrauensmann Thorsten Wenderoth:

„Die Kollegen haben die gute Gewinnsituation gesehen, aber gleichzeitig haben sie selbst immer weniger im Geldbeutel. Da im Frühjahr immer die Verhandlungen um die jährliche Bonuszahlung anstehen, haben wir unter Kollegen über die Höhe diskutiert und schließlich einen Antrag auf der Vertrauensleute-Vollversammlung eingebracht. Rund 20 Vertrauensleute haben dann mit ihrer Unterschrift den Antrag gestellt.“

Darin wird die VK-Legung auch verpflichtet, den Antrag an alle Betriebsräte und Vertrauensleute anderer Werke weiterzuleiten.

Das wichtigste ist jetzt, daß diese Forderung auch in anderen Werken diskutiert und der Antrag zur Abstimmung auf den Vertrauensleute-Versammlungen eingebracht wird.

Von der „Rotstift“-Gruppe im Werk Kassel (Gruppe von kämpferischen und kritischen IGM-Mitgliedern) haben wir eine Betriebszeitung zu diesem Thema mit Fakten und Argumenten herausgebracht.“

Zu bestellen über: Buchhandlung Berger u. Bosman, Heinrich-Heine-Str. 47, 34121 Kassel

Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV



Warnstreik in Köln: die Beschäftigten sind bereit.

Die Tarifpolitik 1998 zeigt erneut, daß die derzeitige Führung der Gewerkschaften nicht die Interessen der Mitgliedschaft vertritt. Es geht darum, eine inhaltliche und personelle Alternative aufzubauen. In der ÖTV ist dafür ein Anfang gemacht. Seit Sommer 96 gibt es das „Netzwerk für eine demokratische und kämpferische ÖTV“. Hier haben sich kämpferische Kolleginnen, Vertrauensleute, Personal- und Betriebsräte der ÖTV zusammen-

ABB: Erhalt aller Arbeitsplätze!



Bei ABB Berlin sind 400 Arbeitsplätze akut bedroht. Seit der Wende wurde in Berlin mehr als die Hälfte aller Industriearbeitsplätze abgebaut.

„Wir haben 1989 die Revolution angefangen. Wir werden auch nicht davor zurückschrecken, 1998 wieder eine Revolution anzuzetteln...“. Diese Worte des Betriebsratsvorsitzenden Beier wurden auf der Betriebsversammlung der von Schließung bedrohten ABB Kraftwerke Berlin-Pankow mit stehendem Applaus aufgenommen.

Mit der Schließung würden rund 400 Arbeiterinnen und 200 Auszubildende bei ABB (ehemals VEB Bergmann-Borsig) ihren Job verlieren sowie weitere 1000 Arbeitsplätze indirekt gefährdet sein.

Ein Ultimatum für gemeinsame Lösungsversuche mit dem Vorstand ist abgelehnt. Doch die Verhandlungen führte die IG-Metall ohne den Betriebsrat. Für die Kolleginnen ist das völlig unverständlich. Wo die IG-Metall Arbeitskämpfe aus-schließt und sich rühmt, an der Verhandlungsführung für die Kolleginnen zu „kämpfen“, sagt Wolfgang Beier: „Um die Arbeitsplätze kämpfen muß jeder Mitarbeiter, jeder Kollege und jeder Auszubildende.“

100 Kolleginnen aus Berlin beteiligten sich an einer 3000er Demonstration der Mannheimer ABB-Beschäftigten. Entgegen den Versuchen, die beiden Werke gegeneinander auszuspielen, wehren sich auch

mengeschlossen für den Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition. Die Kolleginnen haben sich auch von Anfang an aktiv in die Tarifrunde eingeschaltet. Der Position von Mai und Co. zu Arbeitszeitkonten, Flexibilisierung und Altersteilzeit wird die Forderung nach 32-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ein Rentenerlöse von 58 Jahren bei vollen Rentenbezügen gegenübergestellt. Die Netzwerk-Kolleginnen halten die Lohnforderung der Tarifrunde mission nach Inflationsausgleich, sprich 1,6 Prozent für völlig unzureichend und fordern 400 Mark Festgeld für jeden.

Am 28. und 29. 3. 98 findet in Kassel das nächste bundesweite Netzwerktreffen statt. Die Themen sind:
1. Für eine kämpferische und demokratische ÖTV
2. Bundestagswahl 1998 - Weg mit der Kohl-Regierung
3. Tarifrunde 1998
4. Weiterer Aufbau des Netzwerks

über: Angelika Tewelait, Weiße Breite 50, 34130 Kassel, Tel. (0561) 69646

dort die Arbeiterinnen gegen Arbeitsplatzabbau.

Zahlreiche Anwohnerinnen erklärten sich solidarisch und sammelten mit den Kolleginnen von ABB Berlin Unterschriften, berichtete die JAV-Vorsitzende Jakobowski. Die bisherige Unterstützung motivierte die Kolleginnen. Aber sie sind gerade jetzt auf die Solidarität nicht nur von Anwohnerinnen, Auszubildenden und Betrieben angewiesen. In Berlin wurden seit der Wende mehr als die Hälfte aller Industriearbeitsplätze abgebaut. Es ist höchste Zeit, daß die IG-Metall und der DGB einen beweisenden Kampf gegen den Arbeitsplatzkahlschlag in Berlin der Hauptstadt der Arbeitslosen durchführt.

Mitglieder der SAV-Ortsgruppe Prenzlauer Berg werden zusammen mit anderen Anwohnerinnen und Gewerkschaften einen ein Solikomitee zur Unterstützung der Kämpfe der ABB-Beschäftigten gründen.

Für Solidaritätserklärungen etc. wendet Euch an den Betriebsrat Wolfgang Beier unter Tel. (0 30) 91 77 22 80. Bei Interesse an Unterstützung des Solidaritäts-Komitees an Antje Zander unter Tel. (0 30) 4 44 90 52.

Alexandra Arnsburg, Telekom-Azubi, SAV Berlin-Prenzlberg

Talentförderung statt Elitebildung

Mit dem neuen Hochschulrahmengesetz (HRG) wird studieren fast zum Luxus. Wer aus einer reichen Familie kommt, kann es sich leisten; wer nicht hat, pecht geht. An den Berliner Hochschulen muß fast 1 Milliarde DM eingespart werden, während die Zuschüsse für die Private Europäische Wirtschaftshochschule, an der eine Elitebildung für 500 Studierende organisiert wird, von 1,3 auf 5,5 Millionen DM angehoben wurden. An der FU werden an allen Fachbereichen Professorenstellen gekürzt, ausgenommen der Informatik. Klar, ein paar Computpezialisten, allerdings keine Musikwissenschaftlerinnen mehr.

Anje Zander, Berlin, Studentin
Im Kapitalismus werden alle Lebensbereiche des Kapitaluntergeordnet, auch die Bildung. Das bedeutet auch, daß Schlierinnen und Studierende kritisch, diszipliniert und angepaßt sein sollen, um später im Arbeitsprozeß möglichst gut und reibungslos zu funktionieren. Deswegen wird unter anderem auch versucht, studentische „Mitbestimmung“ und Demokratie an den Hochschulen weiter einzuschränken, letzten Einschüchterungsversuche gegen streikende Schlierinnen.

Das ist ein demokratisch aufgestellter Produktionsplan. Sozialistische Demokratie bedeutet die Einbeziehung Aller in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen.
Das Bildungswesen kann dann darauf abzielen, die gesamte Persönlichkeit eines Menschen zu entwickeln. Wie und was gelernt wird, entscheiden Lernende und Lehrende gemeinsam und gleichberechtigt.
Die Herausbildung der Talente eines jeden hinge nicht mehr vom Zufall ab, in welche Familie und Umgebung man hineingebohren wird. Es wäre möglich, alle vorhandene Talente von Kindheit an zu erkennen und zu fördern. Eltern hätten durch Arbeitszeitverkürzung auf wenige Wochenstunden (schon heute wäre eine 20 Stunden Woche möglich) viel mehr Zeit und auch Ruhe, sich mit den Kindern zu beschäftigen. Doch die Betreuung der Kindern würde nicht nur den Eltern aufgebürdet. Sie könnten kostenlos kleine Gruppen mit anderen Kindern unterschiedlichen Alters besuchen, unter der Betreuung und Anleitung durch gut ausgebildete Pädagogen.
Das Lernen und die Ausbildung würden nicht mehr in Hand- und Kopfarbeit aufgetrennt werden. Es wird möglich sein, alle Fähigkeiten und Talente des Menschen in den großen Teil verkümmern. Zum einen, weil z.B. eine musische Ausbildung oft sehr teuer ist. Andererseits lassen Arbeitsstress und täglicher Existenzkampf wenig Muße und Energie, um sich mit anderen Dingen zu beschäftigen.

In einer sozialistischen Gesellschaft würde das Lernen ein Leben lang erfolgen. Unsere Lebenszeit wäre nicht mehr wie heute strikt aufgeteilt in Schule, Berufsausbildung, „produktive“ Phase und „Ruhestand“. Diese Aufteilung entspricht keinesfalls unseren natürlichen Anlagen. Das Bedürfnis, etwas Neues zu lernen, ist eigentlich immer da. Man braucht sich nur mal das Durchschnittsalter in Sprachkursen von Volkshochschulen angucken. Und auch ältere Menschen wollen Verantwortung in der Gesellschaft übernehmen und sich „nützlich“ machen.
Durch drastisch verkürzte Arbeitszeit hätten alle Menschen genug Zeit und auch Energie, sich neben ihrer Arbeit jeder Art von Studien zu widmen, schulische und Weiterbildungs-Einrichtungen unabhängig vom Alter und kostenlos besuchen zu können. Breit angelegte Talentförderung statt Elitebildung brähe ungeahnte Fortschritte in Forschung, Wissenschaft, der Kunst. Dadurch hätte jeder auch die Fähigkeit und Möglichkeit, an der demokratische Planung und Leitung von Wirtschaft und Gesellschaft teilzunehmen. Wir würden im Laufe

meineigentum. An Stelle des Marktes wird ein demokratisch aufgestellter Produktionsplan treten. Sozialistische Demokratie bedeutet die Einbeziehung Aller in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen.
Das Bildungswesen kann dann darauf abzielen, die gesamte Persönlichkeit eines Menschen zu entwickeln. Wie und was gelernt wird, entscheiden Lernende und Lehrende gemeinsam und gleichberechtigt.
Die Herausbildung der Talente eines jeden hinge nicht mehr vom Zufall ab, in welche Familie und Umgebung man hineingebohren wird. Es wäre möglich, alle vorhandene Talente von Kindheit an zu erkennen und zu fördern. Eltern hätten durch Arbeitszeitverkürzung auf wenige Wochenstunden (schon heute wäre eine 20 Stunden Woche möglich) viel mehr Zeit und auch Ruhe, sich mit den Kindern zu beschäftigen. Doch die Betreuung der Kindern würde nicht nur den Eltern aufgebürdet. Sie könnten kostenlos kleine Gruppen mit anderen Kindern unterschiedlichen Alters besuchen, unter der Betreuung und Anleitung durch gut ausgebildete Pädagogen.
Das Lernen und die Ausbildung würden nicht mehr in Hand- und Kopfarbeit aufgetrennt werden. Es wird möglich sein, alle Fähigkeiten und Talente des Menschen in den



Studenten-Kongreß „Bildung und Gesellschaft“: im Sozialismus könnte das Bildungswesen ganz anders ausgerichtet sein.

Eine sozialistische Gesellschaft dagegen wird nicht länger auf die kurzfristigen Profite einiger Weniger, sondern auf die Interessen und Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung im Einklang mit der Natur ausgerichtet sein. Die Banken und Großkonzerne sind dann in Ge-

Schülerpower gegen Bildungsklaue!

Nachdem die Studierenden-protteste schon im vollen Gange waren und schließlich auch auf die Rostocker Uni überschwappten, wurden an vielen Rostocker Schulen Stimmen laut, ebenfalls eine Protestaktion zu organisieren.
Doreen, Schülerin aus Rostock

An meiner Schule blieb es jedoch erst einmal still. Bis eines Tages unser sonst sehr konser-

unterschiedlichen Bereichen, d.h. im intellektuellen, handwerklichen, sportlichen oder musisch-künstlerischen Bereich zu erkennen und zu fördern. Denn jeder Mensch hat Talente und Anlagen auf den unterschiedlichsten Gebieten. Doch heute müssen diese zum

unseres Lebens die unterschiedlichsten Tätigkeiten ausüben. Bis an sein Lebensende wird jeder Mensch mit seinen Erfahrungen und Fähigkeiten eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielen.

angenam, so daß am nächsten Tag sofort eine Vollversammlung ohne ihn stattfand.
Eine überwältigende Mehrheit sprach sich für diese Aktion aus. Gleich danach setzten sich einige Schlierinnen zusammen, um Ideen für Transparente, Flugblätter und Aktionen (wie zum Beispiel eine „Betrein für die Bildung“- Aktion) zusammenzutragen. Sofort ging eine Dose herum, um Flugblätter usw. zu finanzieren. Während der ganzen Planung blieb der Schulsprecher wie vom Erdb-

Am nächsten Tag wurden auf dem Schulhof Transparente besprüht, im Essensaal wurde heftig diskutiert, wie man auf der Aktion vorgehen soll, und eine Clique aus der 9. Klasse kam mit selbstgemachten Handschil-



Kölnler Zivilpolizisten provozieren eine Rangelei. Jetzt versucht die Polizei, Spitzel an der Universität anzuwerben.

Polizeispitzel an der Kölner Uni

Die Strategie der Regierenden, die Studierenden-Bewegung zu Tode zu loben, war gescheitert. Neue Ideen mußten her. In Köln besinnt sich die Polizei auf eine gute alte: Stud.-Aktivistinnen werden wie gefährliche Staatsfeinde behandelt.
Im Dezember hatte eine Spontan-Demonstration der Studierenden den Verkehr blockiert. Neben den Hauptstraßen wurde auch der Kölner Hauptbahnhof lahmgelegt. Die Polizei griff ein, nahm 9 „Rädelführer“ fest und zeigte sie wegen Nötigung und Landfriedensbruch an. Das war nicht weiter überraschend. Doch es war nur das Vorspiel zu umfassenderen Polizeiaktionen.
Am 13. Januar bewegte sich erneut eine nächtliche Demonstration durch Köln, wie gewohnt waren die ca. 1500 Studierenden gelaunt und friedlich. Die Zivilpolizisten waren hingegen auf Kravall aus. Als es zu einer Rangelei zwischen Studierenden und einem nervösen Taxifahrer kam, schlugen sie zu: sie nahmen einen Demonstranten fest. Als mehrere Demonstranten sich um sie herstellten, setzten sie CS-Gas ein. Bei einer kurzen Rangelei wurde auch ein Polizist verletzt. Nach diesem Vorfall wurden mehr Einsatzkräfte herangekarrt. Zwei Stunden später wurden die verbliebenen Demonstrantinnen vor dem Hauptbahnhof eingekesselt. 138 Per-

sonen wurden überprüft, ein Studierender wurde bis zum nächsten Tage im Polizeipräsidium festgehalten.
„Sie sind doch Student?“
Jetzt wird versucht, die Studierenden durch die Anzeigen einzuschüchtern, die von der Aktivität abzuhalten oder sogar ihre Mitkämpferinnen zu denunzieren. Zivilpolizisten sprechen auf dem Uni-Gelände und an U-Bahn-Haltestellen Studierende an. „Hey, bleiben Sie mal stehen, sie sind doch Student ... Es geht um die Demo am 13. 1. Sie waren doch auch dabei?“ („Streikzeit“, 26. 1. 98). Auch an studentischen Vollversammlungen wurden schon Zielvis gesichert, die dann hinausgewiesen wurden.
Auch aus anderen Städten wie Hamburg und Berlin gibt es Berichte über mehr Übergriffe der Polizei auf studentische Aktionen.

Sturm auf die Banneile
Besonders geärgert hat die Regierenden das massenhafte Eindringen in die Banneile bei der bundesweiten Demonstration am 18. Dezember. Am Tag darauf verbreiteten sämtliche Medien die Polizeiversion „400 Autonome randallierten in der Banneile“. Randal ging vor allem von Seiten der Polizei aus, die auf friedliche Demonstrantinnen einschlug. Falsch

Schülerinnen steckt und daß wir nicht einfach stihhalten, wenn bei uns gekürzt wird. Selbst die Schausteller waren so begeistert, daß sie ihre Weimachtmusik ausstießen und lieber uns singen ließen.
Zum Abschluß wurden alle aufgerufen, an der Besetzungskaktion der Studierenden am Abend teilzunehmen, um zu zeigen, daß Bildungsabbau nicht nur Studierende betrifft und daß der Kampf gegen Kürzungen im Bildungsbereich nicht vereinzelt sondern ge-

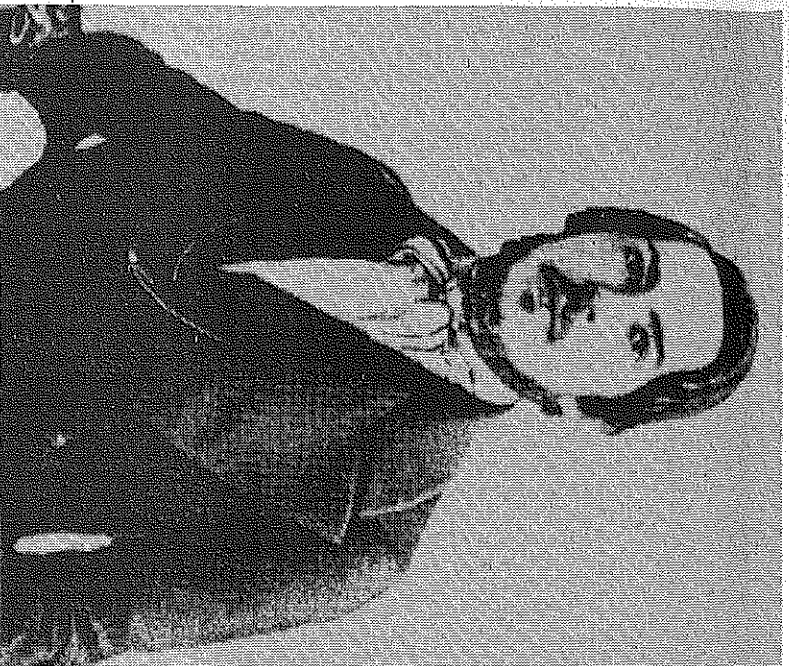
war auch die Zahl: nicht 400, sondern 5000, nicht „Autonome“, sondern ganz normale Studierende waren in die Banneile eingedrungen. Das Durchbrechen dieser undemokratischen Sperrzone, die das Volk von den hohen Herren fernhält, war eine bewußte Aktion, um deutlich zu machen, daß es den Studierenden ernst ist und sie sich nicht weiter mit leeren Phrasen auf Distanz halten lassen wollen.
Die Polizei konnte die tausende Demonstrantinnen, die sich an ihnen vorbeizügeln, nicht aufhalten. Erst 300 m vor dem Kanzleramt konnte durch den Einsatz von Schlagstöcken, CS-Gas und berittener Polizei, die von oben auf die ersten Reihe einprügelte, der Demonstrationszug gestoppt werden.
Doch diese Übergriffe sind ernst zu nehmen. Die Herrschenden haben erkannt, daß viele Studierenden politisch gelernt haben und wissen, daß eine Verbindung zu Arbeitnehmern und Arbeitslosen nötig ist. Sie sehen das als Gefahr. Sie werden versuchen, die Aktivistinnen einzuschüchtern und von der Masse, die zur Zeit nicht demonstriert, zu isolieren. Das beste Mittel dagegen, ist von vorneherein eine breite Öffentlichkeit über die Polizeistaatsmethoden herzustellen und auch Schlierinnen, Arbeitnehmern und Gewerkschaften darüber zu informieren.

150 Jahre Kommunistisches Manifest

Ist der Marxismus noch aktuell?

Vor 150 Jahren schrieben Friedrich Engels und Karl Marx das „Manifest der Kommunistischen Partei“. Den Auftrag dazu hatten sie von einer internationalen Vereinigung revolutionär gesonnener Arbeiter erhalten, die sich „Bund der Kommunisten“ nannten. Darin gaben sie eine kurze Zusammenfassung, wie sich der Kapitalismus aus früheren Gesellschaftsformen entwickelt hat und wie die Arbeiterklasse durch die Abschaffung des Kapitalismus und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft Ausbeutung und Unterdrückung beenden kann.

Georg Kimmel, Köln



Der junge Friedrich Engels

In den Jahrzehnten danach wurde das Manifest in fast alle Sprachen der Welt übersetzt, millionenfach gedruckt und gelesen. Millionen ArbeiterInnen rund um den Erdball machten sich die im Manifest vertretenen Weltanschauung zur eigenen Überzeugung und wurden zu Anhängern und Kämpfern für eine sozialistische Zukunft.

Knapf siebzig Jahre nach seinem Erscheinen wurde 1917 in Rußland der Kapitalismus durch einen Aufstand der unterdrückter Arbeiter und Bauern gestürzt. In den darauffolgenden Jahrzehnten wurde er in weiteren Ländern abgeschafft. Anfang der 80er Jahre lebte etwa ein Drittel der Weltbevölkerung in nicht-kapitalistischen Staaten.

Heute sind die sogenannten „kommunistischen“ – in Wirklichkeit stalinistischen – Staaten Osteuropas zusammengebrochen und wieder zum Kapitalismus zurückgekehrt. Die

Möglichkeit einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft.

Geschichtsauffassung

Marx und Engels legten dar, daß die menschliche Geschichte eine Abfolge verschiedener Gesellschaftssysteme ist, die entstehen, untergehen und durch neue ersetzt werden. Und sie erklärten, was diesen Prozeß des Werden und Vergehens antreibt: Die auf jeder Gesellschaftsstufe fortschreitende Arbeitsergiebigkeit durch Entwicklung von Technik und Wissenschaft (Produktivkräfte) gerät in wachsenden Widerspruch zu den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen (Produktionsverhältnissen).

Die Manufaktur, die fabrikmäßige Produktion großer Mengen Güter mit vielen Arbeitern, stand im Widerspruch zu den engen Regeln des Zunftwesens. Die Dampfmaschine konnte ihre Kraft nicht in der Handwerksstube des mittelalterlichen Zunftmeisters entfalten. Der wachsende Handel, die Fortschritte in der Schifffahrt, im Straßenbau und später die Eisenbahnen standen im Widerspruch zu den engen Stadtmauern und der Kleinstaaterei mit ihren unterschiedlichen Zöllen, Maßsystemen und Währungen. Die feudalen Verhältnisse standen der weiteren Entwicklung der modernen Industrie im Wege, sie wurden mittels der bürgerlichen Revolution beseitigt.

Heute sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse selbst zu einer Fessel für die weitere Entwicklung der Gesellschaft geworden. Der technische Fortschritt, den es weiterhin gibt, führt im Rahmen des Kapitalismus nicht zum Fortschritt für die ganze Gesellschaft, sondern zu Stillstand und Rückschritt.

Jeden Tag werden neue Erfindungen gemacht, Computertisierung, Telekommunikation, Automatisierung in der Industrie schreiten immer weiter fort. Aber was ist das Ergebnis? Die Lage der Masse der Bevölkerung verschlechtert sich statt sich zu verbessern. Reallohnverlust, Arbeitslosigkeit, Bildungsnotstand, Gesundheitsform, Sozialabbau, Umweltzerstörung sind der kapitalistische Alltag.

Gegensätze

Im Weltmaßstab betrachtet wird noch deutlicher wie grobtestk die Widersprüche inzwischen geworden sind. Niemandem standen der Menschheit sowie Mittel (Produktivkräfte) zur Verfügung, um alles zum Leben. Notwendige mit wenig Arbeitsaufwand zu erzeugen und darüberhinaus Zeit und Möglichkeiten zu haben, sich frei zu entfalten.

Unter kapitalistischer Herrschaft verwandeln sich diese Produktivkräfte in gigantische Destruktivkräfte. Die Arbeitskraft von Millionen Menschen

liegt brach. Die kapitalistische Produktionsweise führt dazu, daß die natürlichen Lebensgrundlagen im Weltmaßstab zerstört werden. Wasser, Böden, Luft werden vergiftet, das Weltklima wird verändert. Um den kapitalistischen Konkurrenzkampf auch bewaffnet ausgetragen zu können, sind Waffen entwickelt und Arsenale angelegt worden, mit denen die ganze Menschheit ausgelöscht werden kann.

Die entscheidenden Widersprüche im Kapitalismus sind die: An jeder Produktion ist die ganze Gesellschaft beteiligt, aber die Entscheidung über die Produktion liegt in den Händen einer kleinen Minderheit.

Beispiel Autoindustrie: An der Produktion eines Autos muß eine ganze „Gesellschaft“ von Menschen mitwirken: ArbeiterInnen in den Rohstoff- und Zulieferindustrien in vielen verschiedenen Ländern, tausende ArbeiterInnen in der Automobilfabrik. Doch das sind längst nicht alle: Ohne Bildung, ohne Lehrende, ohne Transportwege, ohne Telekommunikation, also auch ohne die dort jeweils Beschäftigten Mitglieder der Gesellschaft gäbe es überhaupt keine Produktion. Aber über den Bau neuer Fabriken, über den Gegenstand der Produktion, Autos oder Eisenbahnen, entscheidet nicht die Gesellschaft, sondern die Privatigentümer oder deren bezahlte Vertreter.

Kapitalismus bedeutet Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit. Kapitalismus bedeutet Produktion für den Profit Einiger statt für die Bedürfnisse Aller.

Der zweite große Widerspruch ist, daß heute im Weltmaßstab und für den Weltmarkt produziert wird, es gibt weltumspannende Kommunikation und Transport, aber die Nationalstaaten existieren nach wie vor weiter. Mit der Bildung von Handelsblöcken und -abkommnen versuchen die Kapitalisten, diesen Widerspruch zu lösen. Tatsächlich heben sie das Problem nur auf eine höhere Stufe. Die Lage der Arbeiterklasse in Europa hat sich mit der EU nicht verbessert. Die Krise in Südstasien ist durch die Handelsblöcke nicht verhindert worden.

Die Schlußfolgerung und zentrale Forderung im Manifest ist, die Produktionsmittel gegen den Widerstand der Kapitalisten in gesellschaftliches Eigentum zu überführen - und das nicht nur in einem Land sondern international.

Klassenkampf

Aber wie das erreichen? Marx und Engels hatten aus ihrem Studium der Geschichte den Schluß gezogen: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“

Auch in früheren Gesellschaftsformen hatte es verschiedene Klassen mit unterschiedlichen, ja unversöhnlichen Interessen gegeben.

chen Interessen gegeben.

Der Kampf der Sklaven gegen die Sklavhalter, des Leibeigenen gegen den Baron, des Gesellen gegen den Zunftbürger. Sie kämpften gegeneinander, weil sie gegensätzliche, miteinander unversöhnliche Interessen hatten. Und über die heutige, die kapitalistische Gesellschaft schreiben sie: „Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoise und Proletariat.“

Diese Idee vom Klassenkampf, von der Unversöhnlichkeit der Interessen von Kapitalisten und Arbeiterklasse steht im völligen Gegensatz zur Politik der Gewerkschaftsführer heute. Geht man aber von einem unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen von Kapitalisten und Arbeiterklasse aus, dann ist klar, daß mit Appellen an die „soziale Verantwortung“ der Unternehmer, mit runden Tischen und Besprechungen nur Sand in die Augen gestreut wird.

Und es ist doch in der Tat so, daß jedesmal wenn von deutschen Interessen, von Standortinteressen, von betrieblichen Interessen die Rede ist, es immer um die Forderung nach Lohnverzicht, Flexibilisierung im Interesse und zugunsten der Unternehmer, zugunsten der Kapitalbesitzer geht.

Heute ist die Arbeiterklasse der so überwiegende Teil der Bevölkerung, daß manche vorlauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen. Immer wieder wird die Frage gestellt, ob es die Arbeiterklasse überhaupt noch gibt. Niemand bestreitet, daß es große Unterschiede innerhalb der abhängige Beschäftigten gibt, insbesondere beim Einkommen. Noch vielfältiger sind die Spaltungen und Spaltungsversuche in Arbeiter und Angestellte, Männer und Frauen, In- und Ausländer, VorarbeiterInnen, GruppenleiterInnen, Bandarbeitern usw.. Aber alle verbindet das Interesse an einem sicheren Arbeitsplatz und ausreichendem Einkommen.

Alle verbindet, daß ihnen die Arbeitsmittel nicht gehören, dem Arbeiter nicht die Drehbank und dem Angestellten nicht der Schreibtisch. In den letzten Jahren haben Beschäftigte gestreikt, die sich selbst vielleicht nicht einmal zu Arbeiterklasse rechnen würden: Bankangestellte, Lehrer, Computerefachleute.

Aber, wird jeder(r) einwenden, revolutionär ist diese Arbeiterklasse nun wirklich nicht. Marx und Engels meinten damit zunächst mal, daß die Arbeiterklasse ein gemeinsames Interesse an der Abschaffung des Kapitalismus hat und daß sie die Mittel dazu hat.

Welche Macht die Arbeiterklasse hat, wird in jedem großen Arbeitskampf deutlich.



Karl Marx als Student

Rolle der Arbeiterklasse

Als Marx und Engels das Manifest verfaßten, war die Arbeiterklasse nur eine Minderheit in der Gesellschaft. Der größte Teil der Bevölkerung waren Bauern, Handwerker und kleine Kaufleute. Marx und Engels waren dennoch überzeugt:

„Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse.“

Gut organisiert, kann schon der Streik in einer Branche das Wirtschaftsleben des ganzen Landes lähmen, wie das Beispiel der französischen Fernfahrer gezeigt hat.

Woran es tatsächlich noch mangelt, ist das entsprechende Bewußtsein innerhalb der Arbeiterklasse. Das Sich-bewußtsein, daß alle ArbeiterInnen die gleichen Interessen haben: unabhängig von der Nationalität, unabhängig von der jeweiligen Branche oder Betrieb.



Noch schlechter steht es um sozialistische Bewußtsein. Aber Arbeiter mit sozialistischer Überzeugung waren auch 1848 selten. Worauf Marx und Engels setzen, war ihre Erkenntnis, daß sich Bewußtsein entwickelt; *Bedarf es tieferer Einsicht, um zu begreifen, daß mit den Lebensverhältnissen der Menschen ... auch ihr Bewußtsein ändert?*"

Stalinismus

Jahrzehntlang wurde der Stalinismus von allen Seiten als sozialistisch ausgegeben. Kein Wunder, daß heute fast jeder meint, "Sozialismus" könne nicht funktionieren und daher auch keine Alternative zum Kapitalismus sieht. Deshalb haben wir heute die Situation, daß in einer Zeit, da der Kapitalismus jeden Tag deutlicher zeigt, daß er die Gesellschaft international in eine Sackgasse führt, daß zur selben Zeit die Idee des Sozialismus prozentual vielleicht nicht mehr Anhänger in der Arbeiterbewegung hat als vor 150 Jahren.

Marx und Engels zeigen sich im Manifest vollkommen optimistisch über das schließliche Ende der kapitalistischen Gesellschaft: *"Ihr Umsturz und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich"*. Sie haben allerdings keineswegs angenommen, daß das automa-

Das Manifest im Praxistest

Jede Theorie muß sich an der Wirklichkeit messen. Wir stellen Zitate aus dem Manifest (1848) der kapitalistischen Praxis (1998) gegenüber. Man/frau vergleiche auch die Aktualität dieser Aussagen aus der Zeit vor 150 Jahren mit der Halbdauer der Theorien und Prognosen der "Experten" aus Politik und Wirtschaft von heute.

Internationalismus:

"Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"
Die Notwendigkeit zu gemeinsamen Kampf der Arbeitern über Ländergrenzen hinweg könnte augenfälliger nicht sein. Kein Tag vergeht, an dem nicht ArbeiterInnen aus verschiedenen Ländern gegeneinander ausgespielt werden. Die Drohung mit Standortverlagerung, Verlust der Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplatzabbau - falls man nicht noch billiger, flexibler, schneller arbeitet als KollegenInnen in anderen Ländern - ist allgegenwärtig. Umgekehrt ist es kein Zufall, daß wir gerade im letzten Jahr die größten grenzüberschreitenden Demonstrationen von ArbeiterInnen gesehen haben, z. B. als in Amsterdam 50.000 Proletarier aus verschiedenen europäischen Ländern vereint gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in Europa, gegen das Europa der Banken und Konzerne demonstrierten.

Globalisierung:

"Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation (Ausbeutung) des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch (weltumspannend, global) gestaltet. ... Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegenen Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zu gleich verbraucht werden."
So ganz neu ist die Erkenntnis von der "Globalisierung" also nicht. Marx und Engels empfahlen allerdings nicht, international auf Lohn zu verzichten, sondern gemeinsam für höhere Löhne und für eine andere Gesellschaft zu kämpfen.

Wirtschaftskrisen:

"Handelskrisen ... , welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen. ... In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widerstimm erschienen wäre - die Epidemie der Überproduktion."
In den letzten 150 Jahren hat es über ein Dutzend Wirtschaftskrisen gegeben. "Normale" Rezessionen ebenso wie die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Anfang der 30er Jahre. Geradezu lächerlich wirkt es vor dem Hintergrund dieser Tatsachen, wenn sogenannte Wirtschaftsexperten die aktuellste Krise in Südostasien der Unfähigkeit einzelner Machthaber oder dem Leichtsin einiger Banker und Investoren zuzuschreiben versuchen.

Die Epidemie der Überproduktion nimmt heute meist die Form der Überkapazitäten an. In der letzten Rezession lag in Deutschland die Kapazitätsauslastung in der Industrie bei 75 Prozent. Mittlerweile sind selbst im Aufschwung sind die Produktionskapazitäten nie voll ausgelastet.
Das Nebeneinander von Überfluß auf der einen, Mangel und Not auf der anderen Seite sind heute Normalität im Kapitalismus. Luxuswohnungen und Bürogebäude stehen leer, gleichzeitig gibt es Wohnungsuchende und Obdachlose. Weltweit gibt es einen Überfluß an Nahrungsmitteln, Tomaten und Äpfel werden ins Meer gekippt, gleichzeitig verhungern jeden Tag etwa 35.000 Menschen, 840 Millionen sind chronisch unterernährt.
"Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte."
In Südstasien haben seit Beginn der Wirtschaftskrise über drei Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren, Fabriken und Betriebe wurden geschlossen.
Da es, anders als vor 150 Jahren, keine Länder mehr zu erobern gibt, werden weltweit durch Privatisierung öffentlichen Eigentums im Lande selbst neue Märkte geschaffen und ausgebeutet.

Arbeitslosigkeit:

"Diese (modernen) Arbeiter, die sich stückweis verkaufen müssen, sind eine Ware wie jede andere Handelsartikel und daher gleichmäßig allen Wechseln der Konkurrenz, allen Schwankungen des Marktes ausgesetzt"
Marx und Engels stellen hier fest, daß es keinen Kapitalismus ohne Arbeitslosigkeit geben kann. Wer das verstanden hat, dem erscheinen alle Appelle an die "Verantwortung" der Unternehmer Arbeitsplätze zu schaffen, als das was sie sind: purer Unsinn. Während im letzten Jahrhundert die Massenarbeitslosigkeit aber nur periodisch mit den Wirtschaftskrisen auftauchte, ist sie heute zum Dauerzustand geworden.

Arbeitszettel

"Noch mehr in demselben Maße, wie Maschinenrie und Teilung der Arbeit zunehmen, in demselben Maße nimmt auch die Masse der Arbeit (für den einzelnen Arbeiter) zu, sei es durch Vermehrung der Arbeitsstunden, sei es durch Vermehrung der in einer gegebenen Zeit geforderten Arbeit, beschleunigten Lauf der Maschinen usw."
Zwar wurde auch noch in den letzten Jahren in Deutschland Arbeitszeitverkürzungen erkämpft, aber die Versuche und

Maßnahmen sie wieder rückgängig zu machen, sind zahlreich: Arbeitsverdrängung, Flexibilisierung, Überstunden, unbezahlte Mehrarbeit, die Trend zum Zweijob und die Herabsetzung des Rentenalters erhöhen „die Masse der Arbeit“ für die Beschäftigten. Statt daß die Einführung neuer Maschinen und neuer Techniken ein Vorteil wäre, ist das Gegenteil der Fall.

"Neue Armut":

"Der Arbeiter wird zum Pauper (Armen), und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum."
Dazu ein Zitat aus dem Jahrbuch „aktuell 98“: „Trotz eines globalen Wirtschaftswachstums verdoppelte sich die Kluft zwischen Arm und Reich in den letzten Jahrzehnten weltweit. ... Das Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP) wies 1996 in seinem Bericht über die menschliche Entwicklung darauf hin, dass das Vermögen der 358 reichsten Milliardäre dem Gesamteinkommen der ärmsten 45 Prozent der Bevölkerung (2,3 Mrd Menschen) entspricht. Mitte der 90er Jahre mußten rund 1,3 Milliarden Menschen (etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung), vor allem Frauen, Kinder, Alte und Kranke, täglich mit weniger als einem US-Dollar auskommen. Ihre Zahl wird nach Angaben der UNDP jährlich um 25 Millionen ansteigen.“
Und zu Armut in Deutschland heißt es: „Dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW, Berlin) zufolge hat in der Bundesrepublik auch 1996 die seit der wirtschaftlichen Rezession 1993 verzeichnete Tendenz zur Armut an ... Neben Kinderreichen Familien, Alleinerziehenden, Rentnern und Arbeitslosen zählten Mitte der 90er Jahre auch erstmals verstärkt Berufstätige, deren Nettojahreseinkommen unter dem gesetzlich definierten Existenzminimum (1996: 12.095 DM) lag, zu den von Armut Betroffenen.“

Sozialismus

"An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation (Vereinigung, Gesellschaft), worin die freie Entwicklung einer jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."
Auch wenn sich von Stalin bis Honecker alle vormals im Ostblock herrschenden Bürokraten auf Marx berufen haben, so ist dieser Satz alleine Beweis genug, daß Marx und Engels unter Sozialismus etwas ganz anderes verstanden haben als die Verhältnisse in den zusammengesprochen Staaten Osteuropas. Deren Merkmale waren ja gerade die politische Unfreiheit und die Angst vor der freien Entfaltung des Individuums.

Wortklärung:

- Proletarier - Arbeiter
- Proletariat - Arbeiterklasse
- Bourgeois - Kapitalist
- Bourgeoisie - Kapitalistenklasse

Dieser Aufsatz war möglich, weil die Revolution in zentralen Industrieländern scheiterte insbesondere 1918/19 in Deutschland) und die ökonomisch rückständige Sowjetunion isoliert blieb. (Zu den Ursachen des Stalinismus siehe A.VORAN Nr. 194)

Durch das totalitäre System in Osteuropa war die Idee des Sozialismus in den Augen vieler ArbeiterInnen diskreditiert, zumindest in den vom Nachkriegsaufschwung geprägten

Buchbestellung „Kommunistisches Manifest“ über Buchhandlung Berger und Bosman, Heinrich-Heine-Str. 47, 34 121 Kassel, Tel. (0561) 285834. Preis: 6 DM

Tiger im Tal der Tränen



Hamsterkäufe gehören in der indonesischen Hauptstadt Jakarta inzwischen zum Alltag. In den letzten Jahren hofften die ArbeiterInnen in Südostasien auf einen ständig steigenden Lebensstandard. Dies wird jetzt erschüttert.

Währungskrise der sogenannten Tiger-Länder. „Das ist eine Krise des globalen Kapitalismus“ (Spiegel 4/98).

Innerhalb weniger Wochen ist das Märchen vom „süd-ostasiatischen Wunder“ (so die Weltbank) wie ein Kartenhaus im Taifun zusammengefallen. Der vielbeschworene „neue Motor der Weltwirtschaft“ ist zur „asiatischen Grippe“ geworden, die dabei ist, die gesamte Weltwirtschaft anzustecken. Allerdings paßt das Bild einer harmlosen Grippe nicht so recht. Vielmehr handelt es sich um ein unheilbares Krebsgeschwür, das sich unweigerlich auf den gesamten Körper der Weltwirtschaft ausbreitet.

**Daniel Behrnuzi,
Aachen**

Die jetzige Krise ist eine Verwertungskrise des Kapitals in der Realwirtschaft. Das heißt, daß den Banken und Großkonzernen Investitionen in die Produktion in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht mehr profitabel genug sind. Deshalb sucht sich das Kapital neue Anlagemöglichkeiten in den „emerging markets“ (aufstrebenden Märkten) wie Lateinamerika, Osteuropa oder eben Ostasien. Zum Teil fließt das Kapital in die Spekulation an den boomenden Börsen.

Zum Teil aber auch in Form von Krediten an die dortigen Banken und Konzerne. Aufgrund besonderer historischer Bedingungen, wie die Abschottung der eigenen Märkte bei bevorzugtem Zugang zum großen US-Binnenmarkt und starke staatliche Regulierung, konnte dieses Kapital in Südostasien zum Aufbau einer eigenen Industrie verwendet werden. Neben arbeitsintensiver Produktion wie die von Schuhen und Textilien, konnten auch High-Tech Industrien aufgebaut werden.

Überproduktionskrise

Durch Investitionszuwächse von jährlich 20 Prozent, das dreifache des Wirtschaftswachstums, wurden Überkapazitäten in der Region aufgebaut. Es wurden viel größere Produktionskapazitäten geschaffen als auf dem potentiellen Absatzmarkt Produkte verkauft werden könnten. „Länder ihre Produktion aus, um die Konkurrenz zu schlagen, ohne einen Gedanken daran zu verschwenden, wieviel die Welt in Form von Nachfrage verkraften kann“, erklärt ein Manager der Pacific Investment Management in der Japan Times.

Stimmte auffallend. Aber genau das bedeutet Kapitalismus: Profit- und Konkurrenzwirtschaft. Jeder einzelne Konzern

plant für sich, Wenn das Management Absatzmöglichkeiten sieht, wird die Produktion ausgedehnt, ohne zu beachten, daß die Konkurrenz genau dasselbe tut. So entstehen immer wieder Überproduktionskapazitäten, die in den regelmäßig wiederkehrenden Krisen vernichtet werden. Wieviel sinnvoller wäre da eine gesamtgesellschaftliche Planung der Produktion!

Auch geht es im Kapitalismus nur um die kaufkräftige Nachfrage, nicht um den Bedarf der Menschen. Was für ein Hohn, von „Überproduktion“ zu reden, wenn gleichzeitig in den meisten Ländern der Erde Menschen hungern und von Fernsehern und Videogeräten nicht einmal träumen können! Wenn die Masse das Geld nicht hat, um die Waren zu kaufen, dann werden sie halt nicht hergestellt, egal ob sie nun gebraucht werden oder nicht. Das ist die Logik des real-existierenden Kapitalismus!

Der durch die Überproduktion hervorgerutene Preisverfall und neue Konkurrenten wie China, das durch eine noch schärfere Ausbeutung der dortigen Arbeiterklasse noch billiger produzieren kann als die „Tiger“, führten zu fallenden Exporteinnahmen dieser Länder. Das ernahmten die Rückzahlung der Kredite, die den Investitionsboom ja erst möglich gemacht hatten. Dies ist der Hintergrund

für die derzeitige Finanzkrise. **Weltwirtschaft im Strudel**

Die möglicherweise sehr tiefe Rezession oder gar Depression, auf die sich Südostasien zubewegt, könnte die gesamte Weltwirtschaft mitreißen. Die politischen Repräsentanten des Kapitals versuchen die internationalen Folgen der Krise herunterzuspielen. Dasselben Politiker, die uns gestern erzählten, daß die Wirtschaft jetzt „total global“ sei und die Arbeitnehmer hierzulande deshalb mit asiatischen Billiglohnländern konkurrieren müßten, erklären die jetzige Krise für „lokal begrenzt“. Offenherzige Kapitalisten, wie der Spekulant George Soros erklären dagegen, daß „das internationale Finanzsystem einen historischen Zusammenbruch erleidet, aber wir sind nicht bereit, das zuzugeben.“ (Financial Times 31. 12. 97).

Schon vor Weihnachten mußte der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Prognose für das Wachstum der Weltwirtschaft in diesem Jahr um 0,8 Prozent nach unten korrigieren. Das alleine wird schon 3 bis 5 Millionen Arbeitsplätze vernichten. Seitdem hat sich die Krise noch weiter verschärft.

Die größten direkten Auswirkungen hat die Krise auf Japan, dessen Wirtschaft schon seit fünf Jahren stagniert. Über 40 Prozent der japanischen Exporte gehen in andere asiatische Länder. Dieser wichtige Absatzmarkt bricht jetzt ein. Schon im Dezember lagen die Exporte Japans nach Südkorea, Thailand und Indonesien um 11 bis 30 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Außerdem sind japanische Banken die größten Investoren in der Region.

Die „faulen“, möglicherweise nicht wieder einholbaren Kredite japanischer Banken im eigenen Land belaufen sich auf mindestens 800 Milliarden \$. Der Zusammenbruch der zweitgrößten Bank Hokkaido Takushoku und des drittgrößten Borsenhändlers Yamachi hat Panik vor dem Kollaps des gesamten japanischen Bankensystems ausgelöst. Mit 420 Milliarden DM, genommen von japanischen Steuerzahlern, versucht die Regierung, das noch abzuwenden.

Eine Rezession steht in Japan, der zweitstärksten Wirtschaft der Welt, auf der Tagesordnung.

Die US-Konjunktur, bisher Motor des internationalen Aufschwungs, hatte ihren Höhepunkt schon vor der Asienkrise überschritten. US-Zentralbankchef Greenspan räumte Ende Januar vor dem Haushaltsausschuß des Senats ein, daß die

Wirtschaft „spürbar beeinflussen“ und das „US-Wachstum abschwächen“ werde, wegen verringerter Nachfrage nach US-Artikeln und vermehrten, durch Währungsverfall verbilligten Importen aus der Region (Handelsblatt 29. 1. 98).

Eine Rezession in Japan und ein Abschwung in den USA hätten eine weltweite, wahrscheinlich tiefe Rezession zur Folge. Auch die europäische und deutsche Wirtschaft würde in diesem Strudel mitgerissen.

Auch wenn nur 6 Prozent

Allerdings paßt das Bild einer harmlosen Grippe nicht so recht. Vielmehr handelt es sich um ein unheilbares Krebsgeschwür, das sich unweigerlich auf den gesamten Körper der Weltwirtschaft ausbreitet.

der deutschen Exporte direkt nach Südostasien gehen, wie Wirtschaftsminister Rexrodt nicht müde wird zu betonen, so ist die Wirtschaft Deutschlands auf dem Weltmarkt der Konkurrenz der durch die Währungsabwertungen billiger gewordenen ostasiatischen Produkte und rückläufigen Wachstumsraten der Hauptländer Japan und USA ausgesetzt. Das ist ein schwerer Schlag für die voll und ganz auf Export ausgerichtete deutsche Wirtschaft (der Konsum im Inland wird ja durch Lohnkürzungen und Sozialabbau nicht gerade gestärkt).

Die in der Region besonders stark engagierten deutschen Banken könnten zudem auf einem Teil ihrer 218 Milliarden DM dorthin vergebenen Kredite sitzenbleiben.

Retung durch den IWF?

Der IWF hat bisher 120 Milliarden Dollar zur Rettung von Finanzsystem und Wirtschaft in die Region mobilisiert. Aber die Finanzspritze hat einen neoliberalen Beipackzettel. Mit den IWF-Geldern sind strikte Auflagen zur Öffnung der Binnenmärkte, Abbau der staatlichen Haushaltsdefizite und hohen Zinsen verbunden. Diese Medizin wird die Patienten eher töten als heilen, denn die Krise der Realwirtschaft wird durch die Auflagen noch verschärft.

Das ist nicht etwa Ungeschicklichkeit der IWF-Funktionäre, sondern eiskaltes Kalkül: „Wenn die Länder die Hilfe des IWF suchen, sollen Amerika und Europa den IWF auch als Rammbock für seine wirtschaftlichen Interessen nutzen“, so der US-Handels-

des zurückgeworfen. Diese Politik wird radikale antimperialistische Stimmungen unter den Massen Südostasiens hervorrufen.

Soziale und politische Krise

Die Wirtschaftskrise wird enorme soziale und politische Auswirkungen in Ostasien und weltweit haben. Kurzfristig werden fünf Millionen Arbeiter in der Region ihre Arbeitsplätze verlieren. Zwei von drei Millionen Arbeitsimmigranten werden in ihre Länder wie Burma und Vietnam zurückgeschickt und dort die ohnehin riesigen Arbeitslosenheere noch vergrößern. „Politische Unruhen und eine wachsende Instabilität Asiens könnte die gefährliche Folge sein“, warnt der Spiegel (4/98).

Der Regierungswechsel in Thailand, der immer wahrscheinlicher werdende Sturz von Suharto und Unruhen in Indonesien, sind erste Vorläufer der kommenden politischen Explosionen. Eine durch die Ostasienkrise ausgelöste tiefe Rezession der Weltwirtschaft, die immer wahrscheinlicher wird, hätte fatale Auswirkungen auf das Leben von Arbeitern und Jugendlichen weltweit. Der Schock von Massenentlassungen und Frontalangriffen auf die Reste des Sozialstaats und gewerkschaftliche Rechte könnte kurzzeitig eine Lähmung der Arbeiterbewegung hervorrufen, würde aber mittel- und langfristig zu erbitterter Gegenwehr der internationalen Arbeiterklasse führen. Die Aufgabe von Marxisten ist es, in der kommenden stürmischen Periode die sozialistische Alternative zum Chaos und Elend des Kapitalismus aufzuzeigen.

Liverpool: Marathon-Arbeitskampf beendet



Zwei Jahre, drei Monate und 29 Tage hielten 300 Liverpools Hafenarbeiter ihren heroischen Arbeitskampf durch, für ihre Wiederherstellung und gegen die Wiedereröffnung des Tagelöhner-Prinzips auch im Liverpooler Hafen. Sie blockierten die Hafengesellschaft, sammelten enorme Summen an Unterstützung-Spendengeldern, zwangen 2 von 8 Liverpooler Reedereien in den Konkurs, organisierten internationale Solidarität, die letztes Jahr zu einem Protesttag in 82 Häfen führte. Im Stich gelassen von ihrer nationalen wie internationalen Gewerkschaftsführung, mit zunehmenden Polizeibegriffen konfrontiert, sahen sie sich Ende Januar gezwungen, ein Abfindungspaket von insgesamt 10 Millionen Pfund zu akzeptieren. Das Vertrauensleistungskomitee dankt allen internationalen Unterstützern für ihre Hilfe.

Schluss mit den 'Almosen'

Rund 8 Millionen Franzosen leben an der Armutsgrenze, 27 Prozent der unter 16-jährigen sind arbeitslos. Seit Dezember, als die Arbeitslosen eine Einmalzahlung von umgerechnet 900 M und mehr Sozialleistungen forderten, entwickelt sich ein Aufstand der Arbeitslosen, der sich schnell über Land verbreitete und durch kleinere Zugewinne der Regierung geändert wurde. Die Arbeitslosen nicht gestoppt werden konnte. Es berichtet **Dave Cameron aus Paris** und **Gauche Revolutionnaire** - revolutionäre Linke - Gewerkschaftsorganisation der (AV)

Jospin hat im Parlament angekündigt, dass er die grundlegenden Forderungen der Bewegung jetzt nicht erfüllen werden kann die Proteste weiter intensivieren. Ende Januar schätzten 15.000 in Paris, weitere Demonstrationen fanden in rund 30 Städten Frankreich statt. Darüberhinaus haben sich die Besetzungen öffentlicher Gebäude, Sozialkassen, aber auch Universitäten, selbst die Pariser Warenmärkte, wurden vorüberhend besetzt.

Die Unterstützung der breiten Öffentlichkeit für die Bewegung liegt laut Umfragen bei 71 Prozent. Das übersteigt die Zustimmung, die schon die GastarbeiterInnen letzten November und die Streikbewegung im Winter 1995 erhielten. Diese steigende Fieberkurve

zeigt die tiefstehende Wut und Unsicherheit über sozialen Abstieg und Arbeitslosigkeit, aber auch die zunehmend radikalen Schlussfolgerungen, die französische Arbeiter hinsichtlich des Kampfes gegen das kapitalistische System ziehen. In den letzten 17 Jahren haben die Arbeiter bei jeder Wahl Regierungswechsel von rechts nach links und umgekehrt erlebt. Trotzdem blieben die Probleme dieselben, ebenso die Klassenpolitik gegen die Masse der Bevölkerung.

Die jetzige Bewegung markiert das Ende der Schonzeit für die Jospin-Regierung aus Sozialisten, Grünen und Kommunisten, die seit Juni 97 im Amt ist. Bisher war diese Regierung relativ populär und in der Lage, größere Zusammenstöße mit der Arbeiterbewegung zu vermeiden, indem sie sich auf die Gewerkschaftsführer stützte, die sich allgemein kooperativ verhielten. Aber das Problem der Gewerkschaftsführer ist nun, dass sie nur wenig Kontrolle über diese Bewegung von unten haben. Sie wissen nicht, wie man sie beenden kann, selbst wenn Zugeständnisse gemacht würden.

Die Herrschenden ergreifen zunehmend Panik, ob die Bewegung möglicherweise einen neuen „Mai 68“ auslösen könnte; dies zeigt z.B. der brutale Einsatz von Polizeisonderkommandos, um die Arbeitslosen daran zu hindern, die Universitäten zu betreten. Die Proteste haben Risse in der Regierungskoalition er-

zeugt, die sich noch vertiefen können, wenn die Bewegung eskaliert. Die KP-nahe Gewerkschaft CGT hat einen Aktionstag ausgerufen im Zusammenhang mit der parlamentarischen Beratung der 35-Stundenwoche und plant einen Marsch vom Hauptquartier des Arbeitgeberverbands zum Parlament. Außerdem gab es linke Demonstra-

tionen gegen die Bedingungen des Maastricht-Europas; die Eisenbahner fordern die Schaffung neuer Jobs. Im Augenblick gibt es keine Anzeichen, dass die Bewegung abebbelt, im Gegenteil: Das Potential für eine Ausweitung und Radikalisierung besteht. Mitglieder von Gauche Revolutionnaire sind aktiv an der Bewegung in den gewerkschaft-

lichen Arbeitslosengruppen in Rouen, Bordeaux und Lomnies beteiligt. Studierende Mitglieder in Amiens, Rouen und Paris haben Delegationen zu den von Arbeitslosen besetzten Gebäuden organisiert. Unser Flugblatt wurde in der größten Tageszeitung Le Monde zitiert.

Die Unterstrichung der breiten Öffentlichkeit für die Bewegung liegt laut Umfragen bei 71 Prozent. Das übersteigt die Zustimmung, die schon die GastarbeiterInnen letzten November und die Streikbewegung im Winter 1995 erhielten. Diese steigende Fieberkurve

zeigt die tiefstehende Wut und Unsicherheit über sozialen Abstieg und Arbeitslosigkeit, aber auch die zunehmend radikalen Schlussfolgerungen, die französische Arbeiter hinsichtlich des Kampfes gegen das kapitalistische System ziehen. In den letzten 17 Jahren haben die Arbeiter bei jeder Wahl Regierungswechsel von rechts nach links und umgekehrt erlebt. Trotzdem blieben die Probleme dieselben, ebenso die Klassenpolitik gegen die Masse der Bevölkerung.

Die jetzige Bewegung markiert das Ende der Schonzeit für die Jospin-Regierung aus Sozialisten, Grünen und Kommunisten, die seit Juni 97 im Amt ist. Bisher war diese Regierung relativ populär und in der Lage, größere Zusammenstöße mit der Arbeiterbewegung zu vermeiden, indem sie sich auf die Gewerkschaftsführer stützte, die sich allgemein kooperativ verhielten. Aber das Problem der Gewerkschaftsführer ist nun, dass sie nur wenig Kontrolle über diese Bewegung von unten haben. Sie wissen nicht, wie man sie beenden kann, selbst wenn Zugeständnisse gemacht würden.



Die Arbeitslosen haben eine breite Sympathie in der Bevölkerung. Supermarkt-Leiter mußten teilweise zulassen, daß die Arbeitslosen einen Einkaufswagen voller Lebensmittel umsonst mitnahmen.

tionen gegen die Bedingungen des Maastricht-Europas; die Eisenbahner fordern die Schaffung neuer Jobs. Im Augenblick gibt es keine Anzeichen, dass die Bewegung abebbelt, im Gegenteil: Das Potential für eine Ausweitung und Radikalisierung besteht. Mitglieder von Gauche Revolutionnaire sind aktiv an der Bewegung in den gewerkschaft-

lichen Arbeitslosengruppen in Rouen, Bordeaux und Lomnies beteiligt. Studierende Mitglieder in Amiens, Rouen und Paris haben Delegationen zu den von Arbeitslosen besetzten Gebäuden organisiert. Unser Flugblatt wurde in der größten Tageszeitung Le Monde zitiert.

Die Unterstrichung der breiten Öffentlichkeit für die Bewegung liegt laut Umfragen bei 71 Prozent. Das übersteigt die Zustimmung, die schon die GastarbeiterInnen letzten November und die Streikbewegung im Winter 1995 erhielten. Diese steigende Fieberkurve

zeigt die tiefstehende Wut und Unsicherheit über sozialen Abstieg und Arbeitslosigkeit, aber auch die zunehmend radikalen Schlussfolgerungen, die französische Arbeiter hinsichtlich des Kampfes gegen das kapitalistische System ziehen. In den letzten 17 Jahren haben die Arbeiter bei jeder Wahl Regierungswechsel von rechts nach links und umgekehrt erlebt. Trotzdem blieben die Probleme dieselben, ebenso die Klassenpolitik gegen die Masse der Bevölkerung.

Die jetzige Bewegung markiert das Ende der Schonzeit für die Jospin-Regierung aus Sozialisten, Grünen und Kommunisten, die seit Juni 97 im Amt ist. Bisher war diese Regierung relativ populär und in der Lage, größere Zusammenstöße mit der Arbeiterbewegung zu vermeiden, indem sie sich auf die Gewerkschaftsführer stützte, die sich allgemein kooperativ verhielten. Aber das Problem der Gewerkschaftsführer ist nun, dass sie nur wenig Kontrolle über diese Bewegung von unten haben. Sie wissen nicht, wie man sie beenden kann, selbst wenn Zugeständnisse gemacht würden.

Die Unterstrichung der breiten Öffentlichkeit für die Bewegung liegt laut Umfragen bei 71 Prozent. Das übersteigt die Zustimmung, die schon die GastarbeiterInnen letzten November und die Streikbewegung im Winter 1995 erhielten. Diese steigende Fieberkurve

zeigt die tiefstehende Wut und Unsicherheit über sozialen Abstieg und Arbeitslosigkeit, aber auch die zunehmend radikalen Schlussfolgerungen, die französische Arbeiter hinsichtlich des Kampfes gegen das kapitalistische System ziehen. In den letzten 17 Jahren haben die Arbeiter bei jeder Wahl Regierungswechsel von rechts nach links und umgekehrt erlebt. Trotzdem blieben die Probleme dieselben, ebenso die Klassenpolitik gegen die Masse der Bevölkerung.

Die jetzige Bewegung markiert das Ende der Schonzeit für die Jospin-Regierung aus Sozialisten, Grünen und Kommunisten, die seit Juni 97 im Amt ist. Bisher war diese Regierung relativ populär und in der Lage, größere Zusammenstöße mit der Arbeiterbewegung zu vermeiden, indem sie sich auf die Gewerkschaftsführer stützte, die sich allgemein kooperativ verhielten. Aber das Problem der Gewerkschaftsführer ist nun, dass sie nur wenig Kontrolle über diese Bewegung von unten haben. Sie wissen nicht, wie man sie beenden kann, selbst wenn Zugeständnisse gemacht würden.

Neuer Präsident, alte Politik

um erstmalig in der jüngsten Geschichte Südkoreas von der Wunschkandidatin der Reichen und des Militärs die Wahl verloren. Die Partei von Ex-Präsident Kim Dae-jung hat die Quittung ihrer arbeiterfeindlichen Politik bekommen. Das Scheitern ihres Kandidaten ist ein Beispiel für die gewaltigen Auswirkungen der Wahl von Winter 1996/97.

Claus Ludwig, Köln
Millionen KoreanerInnen beklagen die Wahl des alten Oppositionellen Kim Dae-jung als Niederlage für die Reaktionäre. Kim Dae-jung kämpfte gegen die Militärdiktatur seit 1987, wurde von ihr als „kommunist“ verfolgt und zum Tode verurteilt.

Die Unterstrichung der breiten Öffentlichkeit für die Bewegung liegt laut Umfragen bei 71 Prozent. Das übersteigt die Zustimmung, die schon die GastarbeiterInnen letzten November und die Streikbewegung im Winter 1995 erhielten. Diese steigende Fieberkurve

zeigt die tiefstehende Wut und Unsicherheit über sozialen Abstieg und Arbeitslosigkeit, aber auch die zunehmend radikalen Schlussfolgerungen, die französische Arbeiter hinsichtlich des Kampfes gegen das kapitalistische System ziehen. In den letzten 17 Jahren haben die Arbeiter bei jeder Wahl Regierungswechsel von rechts nach links und umgekehrt erlebt. Trotzdem blieben die Probleme dieselben, ebenso die Klassenpolitik gegen die Masse der Bevölkerung.

Die jetzige Bewegung markiert das Ende der Schonzeit für die Jospin-Regierung aus Sozialisten, Grünen und Kommunisten, die seit Juni 97 im Amt ist. Bisher war diese Regierung relativ populär und in der Lage, größere Zusammenstöße mit der Arbeiterbewegung zu vermeiden, indem sie sich auf die Gewerkschaftsführer stützte, die sich allgemein kooperativ verhielten. Aber das Problem der Gewerkschaftsführer ist nun, dass sie nur wenig Kontrolle über diese Bewegung von unten haben. Sie wissen nicht, wie man sie beenden kann, selbst wenn Zugeständnisse gemacht würden.



Demonstration gegen die vom Internationalen Währungsfonds verordnete Liberalisierung.

ne Wahlkampagne wurde von den Medien verschwiegen, nur 50 Prozent der WählerInnen erfuhrten überhaupt davon. Die Kampagne hieß „Volksstieg 21“, um deutlich zu machen, daß sie sich die Aufgabe gestellt hat, eine Perspektive für das neue Jahrtausend aufzuzeigen. Kwon wurde von einem Bündnis von linken und Bürgerrechtsgruppen getragen, die stärkste davon die „Nationale Vereinigung für Demokratie und Wiedervereinigung“ von Korea“, die eine Basis an den Universitäten hat. Den Aktivitäten der Kampagne war auch viele ArbeiterInnen, Kim Dae-jung wählen würden, weil dieser die besten Chancen hat, die verhassten Reaktionen

abzulesen. Das Wahlergebnis für Kwon war demnach nicht so entscheidend, wichtiger war, daß damit der Grundstein für den Aufbau einer Arbeiterpartei gelegt wurde. Das Programm von „Volksstieg 21“ beinhaltet die Auflösung der chaebols und deren Überführung in „Volksunternehmen“ und die Freilassung aller politischen Gefangenen. 220 aktive Ortsgruppen der Kampagne wurden gegründet. In einigen Industrie-Gebieten erreicht Kwon 17 Prozent der Stimmen. Er hat jetzt erklärt, daß er sich voll für den Aufbau einer Arbeitermassenpartei einsetzen wird, die bei den Kommunalwahlen in diesem Jahr antritt und einen Sieg für das Volk bei der Parlamentswahl

Angesichts der Tiefe der wirtschaftlichen Krise ist die südkoreanische Arbeiterklasse geschockt. Kim Dae-jungs Autorität mag dazu verhelfen, daß die ArbeiterInnen zeitweise die Parolen des „Gürtel-enger-Schmallens“ akzeptieren. Doch eine aktive Minderheit bereitet sich bewußt auf kommende Kämpfe vor. Der Winterstreik 1996/97 war ein Vorläufer. Bewegungen werden entstehen, wie es seit der revolutionären Phase am Ende der japanischen Kolonialherrschaft nicht mehr gegeben hat.

Griechenland

Ein 24stündiger landesweiter Streik der Angestellten legte Ende Januar das öffentliche Leben in Griechenland lahm. Busse und Züge führen nicht, staatliche Banken und Postämter bleiben geschlossen, die Polizei ist Dienst nach Vorschrift. Der Streik richtete sich gegen die Pläne der Regierung, gewerkschaftliche Rechte einzuschränken, um n.a. Privatisierungen voranzutreiben und die Maastricht-Kriterien zu erfüllen.

Pharma-Multi

Tausende Kollegen des Pharmantnehmens Boehringer, das kürzlich an den Schweizer Chemiemulti Roche verkauft wurde, haben in Basel gemeinsam mit der Schweizer Gewerkschaft Bau und Industrie gegen den geplanten Abbau von Stellen demonstriert, der trotz Rekordgewinnen an deutschen und Schweizer Konzernstandorten durchgezogen werden soll. „Auf Globalisierung des Gewinnwirtschaftens muß mit Globalisierung des Protests geantwortet werden.“ so der Betreuer von Boehringer Mannheim.

Simbabwe

Zu den schwersten Unruhen seit der Unabhängigkeit 1980 kam es in den vergangenen Monaten in Simbabwe (südliches Afrika): im Dezember ein Generalstreik, der die Häuptstadt lahmlegte, im Januar Plünderungen und Aufstände. Die Proteste richteten sich gegen die Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel, den Verfall der Landeswährung und die Verschleppung der seit langem versprochenen Landreform. Letzteres geschah aufgrund des Drucks der Europäischen Union und der Weltbank.

Trübes Wasser

Drei Milliarden Menschen müssen ohne sauberes Wasser und ohne ausreichende sanitäre Einrichtungen auskommen. Laut Weltgesundheitsorganisation WHO sterben dadurch jedes Jahr 2,5 Millionen Menschen an vermeidbaren Durchfallkrankheiten, 600.000 an Typhus und 138.000 am Dengue-Fieber.

Belgien

In Belgien wächst erneut die soziale Unruhe in der Bevölkerung. Demos und Streiks finden in verschiedenen Bereichen statt. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes fordern die Aufnahme von Verhandlungen über 70.000 Neueinstellungen und weniger Arbeitszeit-Flexibilität; über 20.000 haben für diese Forderungen Ende Januar in Brüssel demonstriert. Mehrere Wochen lang streikten die Geldboten für bessere Sicherheitsmaßnahmen statt höherer Profite für ihre Arbeitgeber. Ein eintägiger Proteststreik der Lehretzgewerkschaft richtete sich gegen Kürzungen an weiterführenden Schulen, ebenso eine landesweite SchülerInnen-Demonstration Anfang Februar. Angekündigte Kürzungen und „Reformen“ an den Hochschulen haben Unruhe unter Studierenden und Hochschulpersonal ausgelöst.

Was will die SAV?

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, der Sozialabbau geht weiter, die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Fast jeder macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts.

Um die Profite zu sichern wollen Unternehmer und Regierung zurück zu Verhältnissen wie vor hundert Jahren. Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften, die ganze Stärke der Arbeiterklasse zu nutzen um die Angriffe zurückzuschlagen. Doch die führenden Gewerkschaftsfunktionäre schrecken vor Konsequenzen. Gegenwehr zurück. Wenn Streik oder Generalstreik nötig ist, ziehen sie Verhandlungen vor und schließen faule Kompromisse.

Weder die Gewerkschaftsführung noch die etablierten Parteien sind bereit, sich mit den Banken, Konzernen und den Superreichen anzulegen und das Geld zu holen, wo es ist. Die SPD ist kaum noch von der CDU zu unterscheiden, Bündnis 90/Die Grünen werden immer mehr zur Öko-FDP. Die PDS vertritt zwar zum Teil fortschrittliche Ideen. Die PDS-Führung setzt aber auf Anpassung statt auf Kampf.

Von einer Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem ist entweder gar nicht die Rede oder nur von einer „Utopie“.

Deshalb wurde 1994 die SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE (SAV) von Gewerkschaften, linken SPD und PDS-Mitgliedern um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Wir sind demokratisch aufgebaut. Wir haben keine abgehobenen Berufspolitiker, die ein Vielfaches eines normalen Durchschnittslohnes verdienen.

Gegenwehr

Wir sehen nicht tatenlos zu, wie Kohl und Kapital uns unsere Zukunft verbauen. Wir organisieren Gegenwehr, gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltschädigung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns an Zusammenschlüssen kritischer und kämpferischer KollegInnen an der Basis.

Wofür wir kämpfen

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neuenstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege.
- ★ Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente von 2000 DM netto)
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmassnahmen der Kohl-Regierung
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, klassenloses Gesundheitswesen

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltschädlicher Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Solidarität

Weil die kleine Minderheit aus Unternehmern und Regierung ihre Interessen gegen die große Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen will, versucht sie uns zu spalten. Wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, Jung und alt.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationalen, zusammengeschlossen.“

Heute treffen Großkonzerne und Banken ihre Fritscheldungen nach ihren Profitinteressen - die große Mehrheit hat sich dem zu fügen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Hunger, Elend und Kriege finden täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Armut und Arbeitslosigkeit sind international. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Sozialismus

Dabei würde bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Menschen, Maschinen und Wissenschaft die vorhandene Wirtschaftskraft ausreichen, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Die SAV will das Übel an der Wurzel packen und den Kapitalismus abschaffen. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Unser Ziel ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Das System in Ost- und Westeuropa war kein Sozialismus. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Wir brauchen stattdessen eine demokratische Planung der Wirtschaft. Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet und in Gemeineigentum überführt werden, damit die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik zum Nutzen der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden können.

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahrrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußtritt den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Abrüstung jetzt!

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zu Maastricht

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verrwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlen und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit - Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Warum ich bei der SAV mitmache

Astrid Schmudde aus Rostock, 42 Jahre, arbeitslos, alleinerziehende Mutter von drei Kindern

Mit 18 Jahren bin ich in die SED eingetreten, weil ich mich engagieren und was verändern wollte. Ich war immer nur einfaches Mitglied, und vor allem in der Jugendarbeit aktiv, weil mir die Arbeit mit Jugendlichen am meisten Freude bereite, auch später als ich dann älter war. Mit meinem Parteisekretär stand ich öfters auf Kriegsfuß, und für zu offenes reden über Mißstände habe ich mehrfach Parteistrafen erhalten.

Als 89 die Grenze geöffnet wurde, konnte ich das erst gar nicht verarbeiten. Mein Parteisekretär und die Betriebsleitung waren dagegen sofort be-

geistert und die ersten, die sich mit 7 Mann in den Wartburg quetschen zum Abscheer in den Westen. Ein besonders parteilientreuer Schulleiter war

wenige wenige Monate später Kandidat der CDU. Ich könnte viele ähnliche Beispiele nennen, wo mir deutlich wurde, was diese Leute wirklich dachten und wollten.

Ich selbst wurde im Ort als „rote Sau“ beschimpft und für das verantwortlich gemacht, was in der Parteiführung gelautet war. Die Parteioberen waren für die Leute nicht greifbar, also haben sie sich an mich und andere einfache Parteimitglieder gehalten.

Damals habe ich gedacht: „Nie wieder engagiert! Du dich in einer Partei!“

Aber meine persönliche Lage - seit 1993 bin ich arbeitslos -

Werde Mitglied der SAV

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- Ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name, Adresse, Telefon

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an: Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln
Info-Telefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

Spendenfonds

Ob Kampagnen gegen kommunale Kürzungen, Kampf gegen Nazis, Solidaritätsarbeit bei Streiks oder auch die Herausgabe dieser Zeitung - politische Arbeit kostet Geld: Flugblätter, Plakate, Telefon, Kopierer, Miere... Zur Finanzierung bitten wir die Leute um Spenden, die selber nicht gerade im Geld schwimmen: Menschen mit und ohne Arbeit, Sozialhilfeempfänger, Jugendliche und Rentner. Und wir bitten, von einem Einkommen etwas abzugeben, das immer knapper wird. Leider gibt es dazu gar keine Alternative. Den Kampf gegen Sozialabbau werden nicht diejenigen finanzieren, die den Sozialabbau betreiben. Geld für Gegen-

wehr gegen Kohl und Kapital können wir nicht aus dem Unternehmenlager erwarten.

In welchem Umfang wir Gegenwehr organisieren können, in welchem Ausmaß wir Argumente bzw. für eine sozialistische Alternative vertreten können, hängt nicht zuletzt von dem Geld ab, das uns zur Verfügung steht.

Deshalb: Deine Spende für die SAV - die beste Investition die es im Kapitalismus gibt!

(Als einmaliger Betrag, als Förderabo, oder monatlich per Dauerauftrag oder Einzugsermächtigung.)

Spenden an: Voran, Postbank Essen, Kto-Nr.: 2500 59-490, BLZ: 360 100 43

Sozialistische Alternative - Ortsgruppen

Berlin

OG Treptow-Köpenick: Montags 19 Uhr, Alte Feuerwache, Grünauer Str. 9, Nähe S-Bahnhof Schönweide
OG Prenzlauerberg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonski-Str. 27a, S-Bahn Prenzlauer Allee
OG Wedding: Mittwochs 19 Uhr, Linkstreif Wedding, Wedding-Str. 6, U-Bahn Nauener Platz
Infos unter Tel.: (030) 4408429 im SAV-Büro

Stuttgart

OG Mitte: Mittwochs 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
OG Süd-West: Mittwochs 19.30 Uhr, Jugendhaus Heselach (Böblingen Str. 92)
Infos unter Tel.: (0711) 2238823 im SAV-Büro

Aachen

OG Ost: Montags, 19.30 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbersteinweg 233

OG Nord: Mittwochs, 19 Uhr, SEDAN-Eck, Adalbersteinweg 233

OG West: Mittwochs, 19 Uhr, „Café WABE, Dritte-Welt-Haus, An der Schanz 1“

Infos unter Tel.: (0241) 50 8685 im SAV-Büro

Frankfurt/Main

Donnerstags, 19 Uhr, Jugendhaus Heideplatz, Schleiermacherstr. 7
Infos unter Tel.: (069) 453275

Bremenhaven

Montags, 19 Uhr, SAV-Büro, Hafenstr. 64
Infos unter Tel.: (0471) 41 75 48 im SAV-Büro

Bremen

Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschloß, Hasredder Osterdich 230.
Infos unter Tel.: (0221) 13 45 04

Köln

Donnerstags, 19.30 Uhr, Naturfreundehaus Kalk, Kapellenstr. 9a, U-Bahn Kalk Kapelle
Infos unter Tel.: (0221) 13 45 04

Freiburg

Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Kassel

OG West: Freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mornbachstr. 12

Rostock

Donnerstags, 19 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 112a
Infos unter Tel. (0381) 499 65 90 im SAV-Büro

Siegen

Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Dresden

Infos bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Sonstige

Saarbrücken: (06 81) 81 55 67
Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 134504. Darmstadt, Düsseldorf, Hamburg, Karlsruhe, Lübeck, München, Recklinghausen

Impressum

Überregionale marxistische Monatszeitschrift - erscheint seit 1973
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortl. für den Redaktionsantrag: Angela Bankert
Erscheinungsweg: monatlich
Druck: Carol Druck GmbH, Frankfurt a.M.
Redaktionsanschrift: Voran, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon 02 21 / 13 45 04 oder 13 46 04, Fax 02 21 / 13 72 80
e-mail: SAV@AOL.com
Bankverbindung: Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto: 2500 59-430

ABONNIERT VORAN!

- zehn Ausgaben zu 25,- DM
- zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu DM (ab 50,-)

Name, Adresse, Telefon

Kohl muß weg – neue Arbeiterpartei aufbauen – Sozialismus erkämpfen

SAV-Bundeskonferenz



Das war das Motto der esjährigen Bundeskonferenz der SAV Anfang Februar Köln, an der rund 150 Delegierte und Gäste teilnahmen. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Perspektiven für 1998, die Bundestagswahlen und die Position der SAV dazu.

Kohl muß weg“ war die inoffizielle Parole bei jedem Arbeitskampf des vergangenen Jahres ob Bergleute, Stahlkohl-Bauarbeiter oder Beschäftigte im öffentlichen Dienst, bei Studierenden-Bewegung im Saarland, bei den Arbeitlosen in Westfalen. Bei diesen Kämpfen und sind SAV-Mitglieder konkret Vorschlägen zu den Forderungen und Kampfschritten aktiv dabei (siehe auch Beiträge in dieser Ausgabe).

Diese Kämpfe werden weitergehen und sich stärker politisieren. Denn die Arbeiter und Jugendlichen wollen nicht nur Lohn loswerden, sie wollen eine andere Politik, die

ihre Interessen vertritt. Bei den Bundestagswahlen in diesem Jahr besteht die große Möglichkeit, die Kohlregierung nach 16 Jahren endlich zum Teufel zu schieben und eine neue politische Konstellation herbeizuführen, die bessere Ausgangsmöglichkeiten für den Kampf bietet.

Doch eine andere Politik wird auch nach einem Regierungswechsel nicht ohne weiteres herauskommen, wenn man sich die sogenannten Oppositionsparteien ansieht, allen voran die SPD, die fast alle Schweinereien im Bundestag oder Bundesrat mitgetragen hat. Schon in den Ländern und Kommunen kann man sehen, daß die Spärpolitik zu Lasten der Bevölkerung ähnlich, egal welche Partei oder Koalition gerade Einfluß oder das Sagen hat. Das gilt leider auch für die PDS in den ostdeutschen Kommunen oder Sachsen-Anhalt. Die SAV wird deshalb im

Bundestagswahlkampf zum einen ihren Beitrag dazu leisten, daß Kohl gestürzt wird, andererseits aber auch deutlich machen, daß die Arbeitnehmer, Arbeitlosen und Jugendlichen zur Zeit keine wirkliche politische Interessenvertretung haben und daher eine neue Arbeiterpartei aufgebaut werden muß. Wir verstehen uns als Anfang und Bestandteil eines solchen Neubaus.

Um die Notwendigkeit einer neuen Arbeiterpartei zu unterstreichen, wird die SAV in einigen westdeutschen Wahlkreisen eigene Wahlkreiskandidaten aufstellen. Dies hat die SAV-Bundeskonzferenz mit großer Mehrheit beschlossen. Dem Beschluß ging eine kontroverse Debatte voraus, in der u. a. erörtert wurde, ob eine eigene Kandidatur sinnvoll, zu früh oder der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit der Vorrang zu geben sei.

In den noch auszuwählenden Wahlkreisen mit SAV-Kandidaten kann also die Erststimme

gegen die etablierten Parteien und für sozialistische Politik abgeben werden. Hinsichtlich der Zweitstimme rufen wir bundesweit dazu auf, Kohl abzuzählen, und empfehlen eine Abgabe zugunsten der PDS. Obwohl die PDS-Politik der letzten Jahre schwer enttäuschend und die Führung auch immer weiter nach rechts driftet, würden sich im Wiedererzug der PDS ins Parlament sowohl die Erwartungen vieler ostdeutscher Arbeitnehmer als auch der Druck auf eine Politik links von SPD und Grünen wieder spiegeln.

Einig war sich die Konferenz, daß es nicht in erster Linie auf die Sinnabgabe ankommt, sondern darauf, selbst aktiv zu werden: sich bei der SAV zu organisieren, eine neue Arbeiterpartei aufbauen helfen, und die Klassenkämpfe in Betrieb und sozialen Bewegungen voranzubringen. Auf eine neue evtl. rotgrüne Regierung muß vom ersten Tag an Druck ausgeübt werden, wie das Beispiel Frankreich zeigt.

Hintergrund der vor uns liegenden Entwicklungen sind auch die zunehmenden Probleme der Weltwirtschaft, ausgehend von der Krise in Asien, die auf der Konferenz ebenfalls diskutiert wurde (siehe Artikel Seite 8).

Außerdem wurde auf der Konferenz ein Statut für unsere Partei diskutiert und verabschiedet, in dem u. a. festgehalten ist, daß hauptamtliche Funktionäre wie auch später öffentliche Mandatsträger sich der jederzeitigen Abwahl stellen müssen und ihr Einkommen

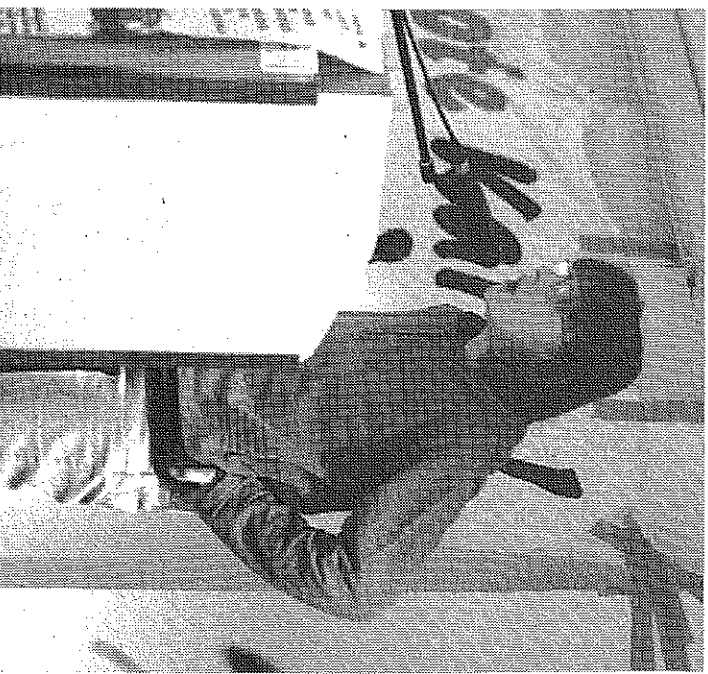
auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn begrenzt sein wird. Dies ist die Lehre daraus, daß es nicht wie in anderen Parteien zu einer sozial abgehobenen und kaum noch rechenschaftspflichtigen Funktionärschicht kommt.

Vorstandsmitglieder der britischen Schwesterpartei SP (Sozialistische Partei) und der österreichischen Schwesterorganisation SOV (Sozialistische Offensive/Vorwärts) brachten ihre jeweiligen Erfahrungen in

die Konferenz ein. Grußworte befreundeter Organisationen überbrachten Vertreter der SL (Sozialistische Liga), der VSP (Vereinigung für sozialistische Politik) und des RSB (Revolutionär-sozialistischer Bund).

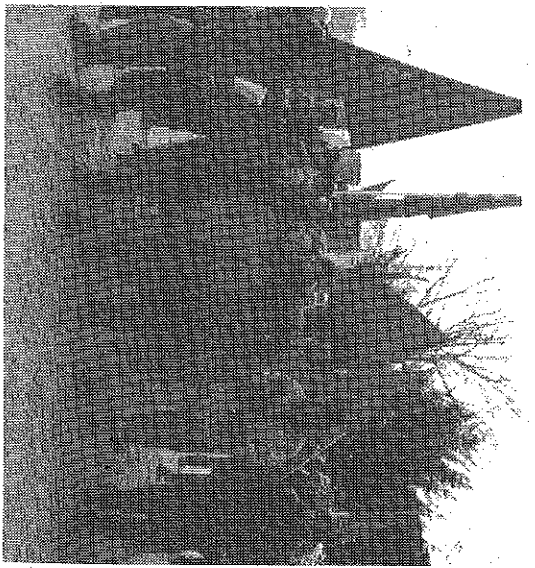
Angela Bankert, SAV-Bundesleitung

Die Konferenzbeschlüsse können bei der Redaktion bestellt werden.



Die SAV wird in einigen Wahlkreisen mit Direktkandidaten zur Bundestagswahl antreten, um offensiv die sozialistische Alternative darzustellen. Außerdem ruft die SAV, mit der Zweitstimme die PDS zu wählen.

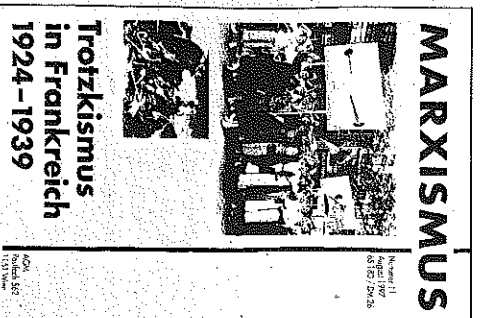
100.000 am Grab von Rosa und Karl



100.000 alte und junge Sozialistinnen und Sozialisten nahmen in diesem Jahr an der Gedenkfeier zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg teil und machten deutlich, daß die Ideen des Sozialismus nicht tot sind. Die steigende Zahl von jugendlichen TeilnehmerInnen bei der Gedenkemonstration zeigt, daß dieser Tag immer mehr zu einem Anlaufpunkt für die Jugend wird, die auf der Suche nach einer Alternative zum Chaos der Marktwirtschaft ist. Die SAV-Veranstaltung im Anschluß an die Demo mit 120 TeilnehmerInnen stand im Wahljahr 1998 unter dem Motto „Weg mit Kohl! Jetzt aktiv werden – für eine sozialistische Alternative!“

Wichtig

Frankreich ist heute eines der wenigen Länder, in dem der Sozialismus einen gewissen Massenanhang gewonnen hat. Arlette Lagulier erlangte als Präsidentschaftskandidatin der Ligue Ouvrière (Arbeiterkampf) 1,6 Millionen bzw. 5,4 Prozent der Stimmen. Es ist deshalb veränderlich, daß es bisher in Werk gab, daß die Geschichte des Sozialismus in Frankreich aufarbeitet.



insreichen Überblick bekommt, abgerundet mit Karten und einem ausführlichen Personenverzeichnis. Die Darstellung umfaßt nicht nur die ersten Jahre des Sozialismus in Frankreich, sondern auch der linken Opposition in der Sowjetunion.

Eingebettet in eine Beschreibung der französischen Gesellschaft der Zwischenkriegszeit, arbeitet der Autor die Etappen der Geschichte des französi-

sehen Sozialismus heraus: die kommunistischen Oppositionsgruppen der 20er Jahre, der Aufbau einer kleinen Gruppe um die Zeitschrift „La Vérité“ ab 1929, ihre ersten Versuche mit einer Gewerkschaftsaktion, der Eintritt in die sich nach links entwickelnde Sozialdemokratie 1934, der Streik um den Austritt 1935, ihre Rolle in den Massenstreiks im Frühjahr 1936, der Kampf gegen den heraufziehenden Krieg 1939.

Erfreulich, daß auch die Politik anderer Organisationen im Umfeld geschildert wird, so daß man einen guten Eindruck über den Einfluß der Sozialisten gewinnen kann. Vielleicht wird das Buch wirklich ein Standardwerk zur Geschichte des Sozialismus in Frankreich, wie der AGM-Verlag in Wien hofft.

Bernd Trethner

Anton Dannat: „Auf dem Floß der Medusa?“ 26 DM. Zu bestellen bei: AGM, Postfach 562, A-1151 Wien, Österreich

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für den Aufbau einer Arbeiter-Internationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers International).

Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapital-

istischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

Adresse:
CWI, PO Box 3688,
London E9 5QX, GB
Tel.: 0044/181/533 0201
Fax: 0044/181/985 0757
E-Mail: inter@dircon.co.uk



VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

VORAN Nr. 196 Februar/März 1998

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Studierende in der
SAV

Bildungsproteste + Bildungsproteste

Das war erst der Anfang!

Wie weiter mit der Bewegung?

Die Streiks, Demos und Protestaktionen der Studierenden im Winter haben das Thema Bildungsnotstand zu einem wichtigen Thema in der öffentlichen Diskussion gemacht. Die Beteiligung von über 500.000 Studierenden und die Dauer der Bewegung übersteigt die Proteste der 80er und 90er Jahre. Trotz ihrer zahlenmäßigen Stärke und einiger kleinerer Zugeständnisse hat die Bewegung ihre Ziele allerdings bisher nicht erreichen können. Wie kann der Protest gegen den Bildungsnotstand jetzt fortgesetzt werden?

Katja Raetz, Berlin, Studentin

Das war auch Thema auf dem bundesweiten Studierendenkongress „Bildung und Gesellschaft“ im Januar in Berlin, wo 1700 Studierende zusammenkamen, um über Themen und Forderungen zu diskutieren, die während des wochenlangen Streiks aufgebracht waren. Diese reichen von Hochschulstruktur bis zu Wissenschaftsethik und natürlich auch Protestorganisation.

Schon im Vorfeld war deutlich geworden, daß die flächendeckenden Streiks aufhörten, da viele Studierende erschöpft

waren und die Durchsetzung der Forderungen nicht erreicht wurde. Trotzdem war keine Frustration zu spüren, denn den meisten war klar, daß der Protest weitergehen muß und wird. Ein wichtiges Ergebnis des Kongresses war ein sehr weitgehender Forderungs- und Maßnahmenkatalog, der an den einzelnen Hochschulen neue Impulse setzen soll und auch schon gesetzt hat.

Der Kongress ermöglichte endlich einmal einen bundesweiten Austausch der ganz unterschiedlichen Erfahrungen. Aufgrund des spontanen Entstehens der Streiks an einer Uni war der Stand der Proteste in den einzelnen Städten immer sehr unterschiedlich. Das kommt natürlich auf dem Kongress nicht nachträglich verändert werden, aber es war den meisten klar, daß die bundesweite Vernetzung verbessert werden muß.

Deshalb haben die Studierenden in der SAV sich zum einen für einen Jugendstreik der Studierenden zusammen mit SchülerInnen und Auszubildenden eingesetzt und zum anderen für den Aufbau einer bundesweiten Studierendenorganisation (siehe Artikel unten).

Diese Vorschläge fanden in Diskussionen viele Unterstützer und wurden mit anderen

zuer und wurden mit anderen Ideen in den Maßnahmenkatalog aufgenommen. Der Streikrat der Uni-Gesamthochschule Duisburg hat die Vorbereitung eines Gründungskongress für die Studierendenorganisation übernommen, der im April stattfinden wird (siehe Kasten).

Weitere beschlossene Maßnahmen sind Mitwochsdenks und das sogenannte „Rotationsmodell“ (d.h. die Hochschulen machen abwechselnd Aktionen). Diese Aktionen können allerdings nur kurzfristig den Protest aufrechterhalten und müssen auf breitere Basis gestellt werden, da sonst sich schnell Frustration breitmachen kann. Ein Schritt in die richtige Richtung ist deshalb das Wiederbeleben bzw. Neugründen der „Bündnisse gegen Sozialabbau“, die unter anderem auch gezielt Gewerkschaften zur Teilnahme auffordern.

Auch noch im Maßnahmenkatalog enthalten sind die „Runden Tische“ mit Politikern. Diese sind problematisch, weil zum einen die teilnehmenden Studierenden nicht durch Vollversammlungen demokratisch gewählt sind und dort auch nicht festgelegt wurde, was sie eigentlich aushandeln dürfen. Zum anderen gilt nach wie vor: Was wir nicht durch unseren

Kampf erzwingen haben, können wir erst recht nicht durch Verhandlungen erreichen.

Ebenfalls am Kongress teilgenommen haben internationale Studierende aus der Türkei, Malta, England, Frankreich. Darunter war Mörög aus Manchester, Mitglied der Socialist Party (Schweiserpartei von SAV) und Vorsitzende der Studierendenengewerkschaft von Manchester. Sie berichtete vom Kampf der „Save Free Education“-Kampagne (Stichtestrennlose Bildung) gegen die dort von der Blair-Regierung geplant Streichung der Ausbildungsgelder und Einführung von Studiengengebühren. Clara aus der französischen Stadt Rouen erklärte, wie in der Streikbewegung in Frankreich 1995 die Studierendenengewerkschaft in Rouen zunächst ein Streikkomitee an der Universität bildete, sie dann aber sehr schnell an die Arbeiter herangehen sind und ein gemeinsames Komitee von Studierenden und ArbeiterInnen und Arbeitern gründeten. Gerade das französische Beispiel zeigt, welche Wirkungen die Verbindung mit den Kämpfen der Arbeiterklasse haben kann, durch die nicht nur, aber auch substanzvolle Zustände im Bildungsreich errungen werden konnten.



Die Studierenden kämpfen keineswegs „nur“ für mehr Geld, sondern für eine solidarische und demokratische Universität.

Gemeinsam kämpfen!

Ein Problem von Studierenden ist, daß sie kaum ökonomischen Druck ausüben können und die Politiker unsere Proteste „aussetzen“ wollen. Die ökonomische Herrschenden bestimmen aber die Politik auch die Bildungspolitik Richtung Elitebildung. Demgegenüber spielen die ArbeitnehmerInnen und ihre Gewerkschaften eine zentrale Rolle, denn sie bilden die gesellschaftlich größte und potentiell mächtigste Gruppe, die mit ökonomischen Druckmitteln wie Streikaktionen die Profite der Konzerne senken und darüber auch mächtigen politischen Druck ausüben können. Deshalb sind sofortige Verbindungen zu Ihnen sehr wichtig.

Die Kürzungen im Bildungsbereich hängen mit dem Sozialabbau zusammen, und deshalb können unsere Proteste nur ein Teil der Bewegung gegen die herrschende Politik sein, wir müssen sie auf breite Basis stellen.

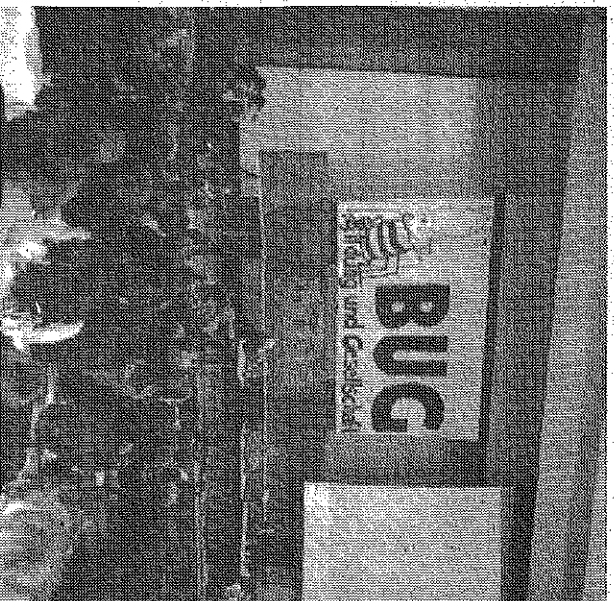
Ein Anfang dafür kann die gemeinsame Organisation eines Jugendstreiks sein, auf örtlicher oder überregionaler Ebene. Seit Dezember hat es zahlreiche Schülerproteste gegeben, an denen sich insgesamt zehntausende SchülerInnen be-

Für eine bundesweite Studierendenorganisation

Während des Streiks war ein entscheidender Mangel, daß es bundesweit kaum Absprachen und Koordination gab.

Die offiziellen Vertretungsorgane der Studierenden bieten nur den wenigen gewählten Vertretern die Möglichkeit, sich einzubringen. Diskussionen und Entscheidungen laufen oftmals bürokratisch und dementsprechend langsam ab. An fast allen Hochschulen haben sich deshalb während des Streiks Strukturen entwickelt (Streikkomitees, Aktionsräte, etc.), die die Proteste im wesentlichen organisiert haben und die offen sind für jeden, der sich engagieren will.

Eine Studierendenorganisation sollte dauerhaft über den Streik hinaus alle zusammenbringen, die aktiv sind oder die es jetzt werden möchten. Sie soll weder zu den „etablierten“ Strukturen noch zu den Streikkräften in Konkurrenz oder Widerspruch stehen. Vielmehr könnten sich auf diesem Wege die Studierenden eine bundesweite Vernetzung und Koordinierung schaffen, aber darüber hinaus auch eine eigene Interessenvertretung. Ähnlich wie ArbeiterInnen mit ihrer Gewerkschaft könnten wir dann mit bundesweit organisierten Aktionen eine Stärke erlangen, die die Politiker zwingt, uns ernst zu nehmen.



Der Gründungskongress für einen Studierenden-Zusammenschluß findet vom 23. bis 27. April 1998 an der UNI-GH Duisburg statt.

teilert haben. In Kassel gab es im Dezember einen Jugendstreiktag, der gemeinsam von DGB, ASIA, Stadtschülerrat und SAV organisiert wurde und 7000 SchülerInnen, Studierende und Azubis unter dem Motto „Bildung und Ausbildung für alle“ mobilisierte. In Mannheim haben im Januar 4000 Arbeiter, SchülerInnen und Studierende gemeinsam unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit, Arbeit und Bildung“ demonstriert, organisiert vom ASIA, dem DGB sowie Belegschaften der von Stellenabbau betroffenen ABB- und Boehringer Werke. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, d.h. auch die HochschullehrerInnen, stehen jetzt vor ihrer Tarifrunde. Das bietet uns eine gute Gelegenheit: die KollegInnen und Kollegen mit Solidaritätsaktionen zu unterstützen und ist auch Ansatzpunkt für gemeinsame Proteste.

Letztendlich brauchen wir aber einen bundesweiten Streik- und Protesttag mit allen ArbeiterInnen und Arbeitern, um unsere Forderungen durchzusetzen. Dieser hätte auch im Hinblick auf die Bundestagswahl eine zentrale Bedeutung für die weitere Bewegung gegen Bildungs- und Sozialabbau.